



Deutsche Wirtschaft tritt auf der Stelle

DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2020

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Zusammenfassung	3
Geschäftslage- und erwartungen	4
Exportserwartungen	11
Investitionsabsichten	16
Beschäftigungsabsichten	19
Zeitreihen für die Gesamtwirtschaft	22
DIHK-Konjunkturklimaindikator	28
<u>Konjunktur nach Wirtschaftszweigen</u>	
Zeitreihen Konjunktur in der Industrie	29
Zeitreihen Konjunktur im Baugewerbe	30
Zeitreihen Konjunktur im Handel	31
Zeitreihen Konjunktur im Dienstleistungssektor	32
<u>Konjunktur nach Regionen</u>	
Zeitreihen Konjunktur in Norddeutschland	33
Zeitreihen Konjunktur in Ostdeutschland	35
Zeitreihen Konjunktur in Süddeutschland	37
Zeitreihen Konjunktur in Westdeutschland	39
IHK-Konjunkturumfragen	41
Fragebogen	42
Methodik	43
Impressum	44

Die wesentlichen Ergebnisse

Jahresbeginn 2020

Geschäftslage und -erwartung:

Das Konjunkturbild zeigt sich weiterhin mit Herausforderungen für die Unternehmen. Während die Binnenwirtschaft weitergehend stabile Geschäfte erwartet, bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld angespannt. Immer deutlicher treten strukturelle Herausforderungen in der Industrie hervor. Unverändert gut schätzen die Unternehmen in der neuesten DIHK-Konjunkturbefragung ihre Geschäftslage ein. Die Geschäftserwartungen hingegen steigen wieder etwas an, nachdem sie im Herbst 2019 deutlich in den negativen Bereich abgerutscht waren. Entwarnung bedeutet dies für die deutsche Wirtschaft jedoch nicht. Noch immer gibt es mehr Unternehmen, die von schlechteren als von besseren Geschäften ausgehen.

Exportserwartungen:

Die Exporterwartungen der deutschen Industrie steigen zum ersten Mal seit 2018 wieder an, bleiben jedoch kraftlos und liegen weiterhin sehr deutlich unter dem Schnitt der letzten Jahre. Viele Betriebe haben auf die zahlreichen internationalen Handelskonflikte reagiert und ihre Lieferketten umgestellt. Befürchtungen zu Jahresende, dass der Außenhandel in der Breite einbricht, haben sich zum Glück nicht bewahrheitet. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Auslandsgeschäfts bleibt jedoch hoch: Fast jedes zweite exportierende Industrieunternehmen sieht die Auslandsnachfrage weiterhin als Risiko für die eigenen Geschäfte.

Investitionsabsichten:

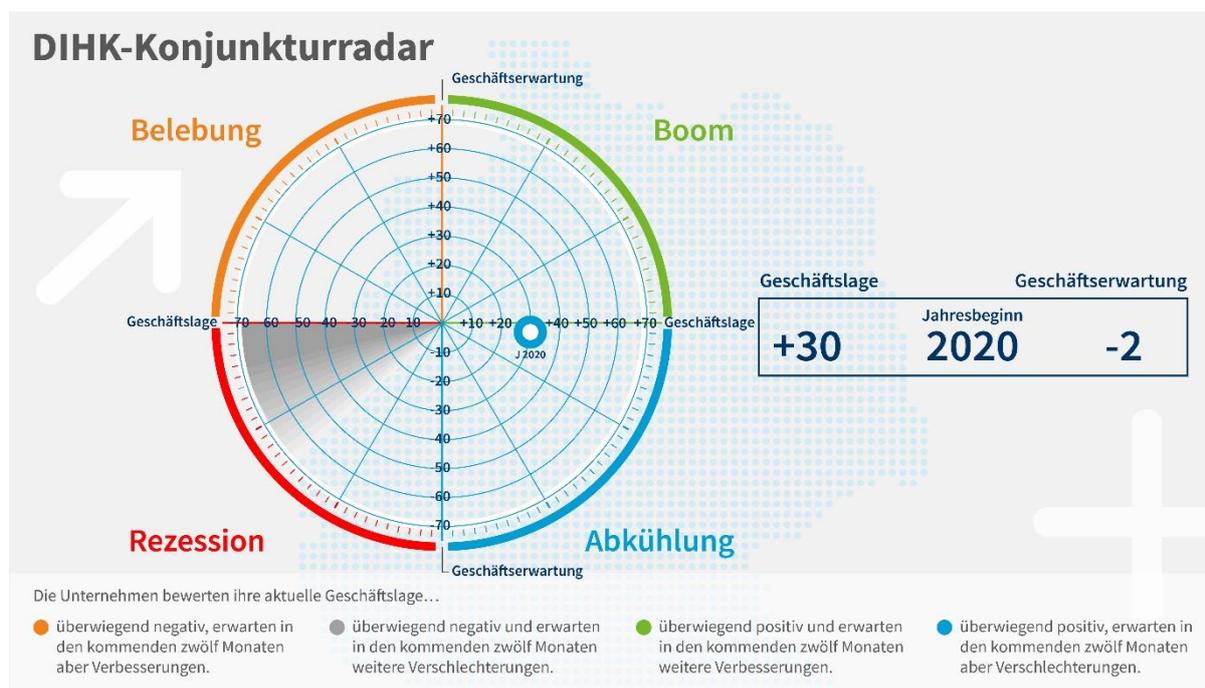
Die Investitionsabsichten der Unternehmen verbessern sich leicht, allerdings mit schwacher Dynamik. Während die Dienstleister ihr Engagement vom Herbst unverändert fortsetzen wollen, planen der Bau und der Handel mit leicht verbesserten Investitionsvorhaben. Von sehr niedrigem Niveau aus erhöhen zwar die Industrieunternehmen ihre Investitionspläne am deutlichsten – bleiben aber im Vergleich der Wirtschaftszweige Schlusslicht. Vor allem die größeren und mittelständischen Unternehmen planen mit soliden Investitionsbudgets. Verstärkt wollen die Unternehmen in Produktinnovationen und Umweltschutz investieren; auf unverändert hohem Niveau bleiben die Ersatzinvestitionen.

Beschäftigungsabsichten:

Nach einem Einbruch zu Jahresende stabilisieren sich die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen. Angesichts der außenwirtschaftlichen und auch strukturellen Herausforderungen lassen die Unternehmen aber derzeit Vorsicht walten. Vor allem Industriezweige wie der Kraftfahrzeugbau, der Werkzeugmaschinenbau und Hersteller elektronischer Ausrüstungen müssen wahrscheinlich Beschäftigung abbauen. Fachkräftengpässe bleiben trotz Konjunkturschwäche eine große Herausforderung für die deutschen Unternehmen. Weiterhin hat fast jeder zweite Betrieb Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen.

Deutsche Wirtschaft tritt auf der Stelle

Das Konjunkturmodell zeigt sich weiterhin mit Herausforderungen für die Unternehmen. Während die Binnenwirtschaft weitergehend stabile Geschäfte erwartet, bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld angespannt. Immer deutlicher treten strukturelle Herausforderungen in der Industrie hervor. Unverändert gut schätzen die Unternehmen in der neuesten DIHK-Konjunkturbefragung ihre Geschäftslage ein. Die Geschäftserwartungen hingegen steigen wieder etwas an, nachdem sie im Herbst 2019 deutlich in den negativen Bereich abgerutscht waren. Entwarnung bedeutet dies für die deutsche Wirtschaft jedoch nicht. Noch immer gibt es mehr Unternehmen, die von schlechteren als von besseren Geschäften ausgehen.



Große Unternehmen wieder zuversichtlicher

Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten bewerten ihre aktuelle Geschäftslage schlechter als Unternehmen mit weniger Beschäftigten. Hier kommt die im Vergleich stärkere internationale Orientierung zum Vorschein. Gleichzeitig verbessert sich ihre Einschätzung im Vergleich zur Vorumfrage jedoch am stärksten. Bei den Geschäftserwartungen zeigen sich die Großunternehmen im Größenvergleich wieder am zuversichtlichsten. Die Betriebe sind auf verschiedenen Absatzmärkten, aber auch Produkt- und Dienstleistungsmärkten aktiv. Schwankungen und veränderte Bedingungen lassen sich so etwas einfacher ausgleichen.

Die Wirtschaft befindet sich derzeit in einer Phase konjunktureller Abkühlung. Die Impulse des Exports, ein wichtiger Wachstumsmotor Deutschlands, haben deutlich nachgelassen. Das von Protektionismus geprägte internationale Umfeld, die sich daraus ergebende Abkühlung der Weltkonjunktur sowie strukturelle Probleme hierzulande setzen den deutschen Unternehmen zu. Die Betriebe haben auf den internationalen Märkten mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu kämpfen.

Auch die Freitext-Einschätzungen der Betriebe zeigen, dass bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen die Unternehmen einen Gutteil der Risiken im internationalen Umfeld sehen.



Häufigste Nennungen in den Freitextantworten zum Geschäftsrisiko Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Deutlich wird aber auch, dass die heimischen Herausforderungen sich in den Vordergrund drängen. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen werden nunmehr von 46 Prozent der befragten Betriebe als Risikofaktor für ihre wirtschaftliche Entwicklung eingestuft (Vorumfrage 45 Prozent). Dieses Geschäftsrisiko erreicht nun den höchsten Wert seit Erhebungsbeginn. Sehr häufig nennen die Unternehmen Bürokratiekosten.

Auch die Umweltpolitik und strukturelle Veränderungen in der Automobilindustrie – hin zu Elektromobilität – werden vielfach als Risiken genannt. Industriebetriebe, die mehr in den Umweltschutz investieren wollen, sehen die Energie- und Rohstoffpreise hierzulande als ihr größtes Geschäftsrisiko. Mehr als die Hälfte der Vorleistungsgüterproduzenten betrachten diesen Aspekt als reelles Geschäftsrisiko. Beispiele sind Branchen wie die Glas-, Keramik- und Steinerarbeitung mit 66 Prozent oder auch die Metallerzeugung und -bearbeitung mit 62 Prozent.

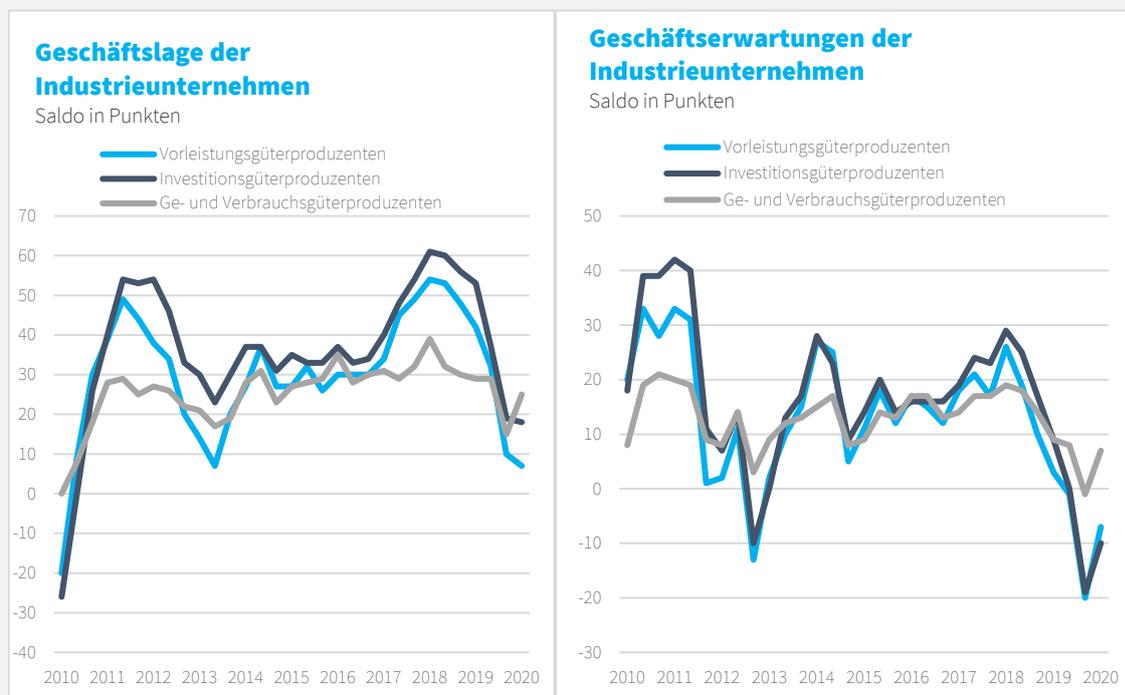
Internationales Umfeld zunehmend fragil

Für die stark exportabhängige deutsche Wirtschaft – insbesondere die Industrie – ist ein funktionierender Welthandel bedeutend. Umso besorgter blicken die hiesigen Industrieunternehmen auf Verschiebungen und Unsicherheiten im internationalen Umfeld. Die Auslandsnachfrage wird von 46 Prozent der Unternehmen als Geschäftsrisiko betrachtet (Vorumfrage 50 Prozent).

Die exportorientierte deutsche Industrie ist vor allem auf Investitionsgüter aber auch Vorleistungsgüter spezialisiert und deshalb stark durch das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld und das Abebben der globalen Investitionsneigung betroffen. Der Geschäftslagesaldo der Industrieunternehmen bleibt weit hinter den anderen Branchen zurück. Gleichzeitig stehen mit den Themen Digitalisierung und Energiewende enorme strukturelle Herausforderungen und Veränderungen an. Der Einzelhandel in Deutschland zeigt sich weitgehend unbeeindruckt. Auch die Baubranche bewegt sich, trotz kleiner Abstriche, weiterhin auf hohem Niveau.

Die Industrie erholt sich auf niedrigem Niveau etwas

Wenngleich sich die Geschäftslage in der Industrie stabilisiert, bewerten diese Betriebe ihre Geschäftslage vergleichsweise weiter am schlechtesten. Nach nunmehr fünf Quartalen rückläufiger Produktionszahlen sind zudem die Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe weniger ausgelastet. Die Geschäftslage hat sich nach dem Rückgang im Jahresverlauf 2019 stabilisiert (16 Saldopunkte) bleibt aber weiter unterdurchschnittlich. Die Erwartungen der Industrie machen im Vergleich der Wirtschaftszweige die stärkste Aufwärtsbewegung (minus fünf Punkte nach -15 Saldopunkte im Herbst 2019), bleiben aber weit hinter den Einschätzungen der letzten Jahre.



Die Verbesserung der Geschäftserwartungen dürfte zu einem Gutteil auf die leichte Entspannung im internationalen Umfeld zurückzuführen sein. Etliche negative Szenarien sind nicht eingetreten – etwa beim Brexit oder im Handelskonflikt zwischen den USA und China. Dafür spricht auch die Verbesserung bei den Exporterwartungen der Betriebe. Nach dem Einbruch im Herbst (minus zwölf Saldopunkte) ergibt der Saldo aus besser – schlechter Bewertungen zu Jahresbeginn null. Auch hier bleibt der Wert jedoch sehr deutlich vom Durchschnitt der letzten Jahre entfernt. Auch die Auslandsnachfrage wird von immerhin noch 46 Prozent der Betriebe als Geschäftsrisiko betrachtet (Vorumfrage: 50 Prozent).

Auch unternehmensnahe Dienstleister spüren die Auswirkungen der Industrierezession. Transport- und Logistikbetriebe gerade im Straßengüterverkehr, vermerkten besonders in der zweiten Jahreshälfte einen deutlichen Einbruch ihrer Geschäftserwartungen. Hier stabilisieren sich die Erwartungen, bleiben aber weiter sehr zurückhaltend (plus einen Saldopunkt auf minus 20 Punkte).

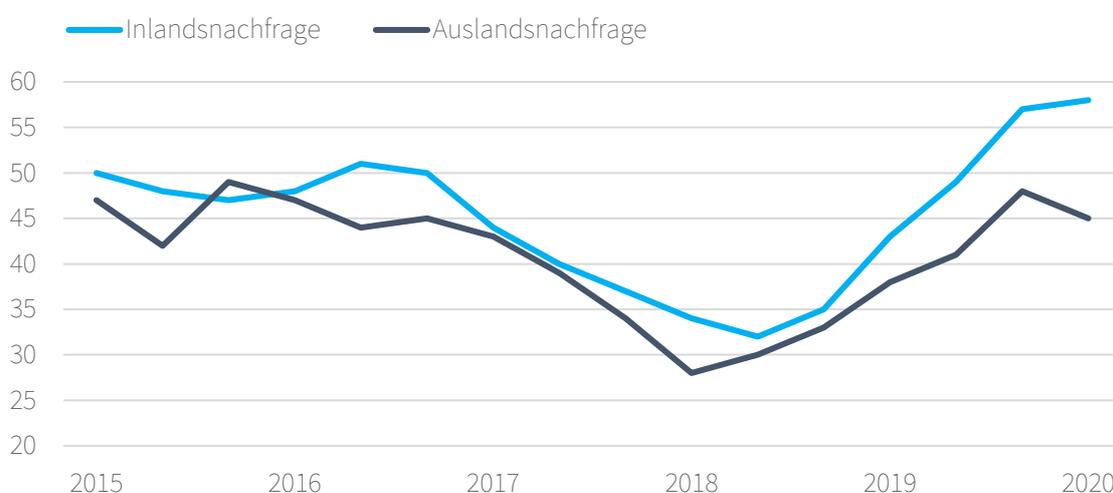
Im Gegensatz dazu sind Rechts- und Steuerberatungen (plus vier auf 58 Saldopunkte) sowie Unternehmensberatungen (plus fünf auf 38 Saldopunkte) optimistischer in der Lagebewertung. Letztere profitieren von dem höheren Beratungsbedarf der Betriebe. Auch konjunkturell unabhängige, unternehmensnahe Dienstleister im Bereich der Gebäudebetreuung bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau (50 Saldopunkte). Obwohl ihre Erwartungen nunmehr gedämpfter ausfallen (von plus acht auf minus eins).

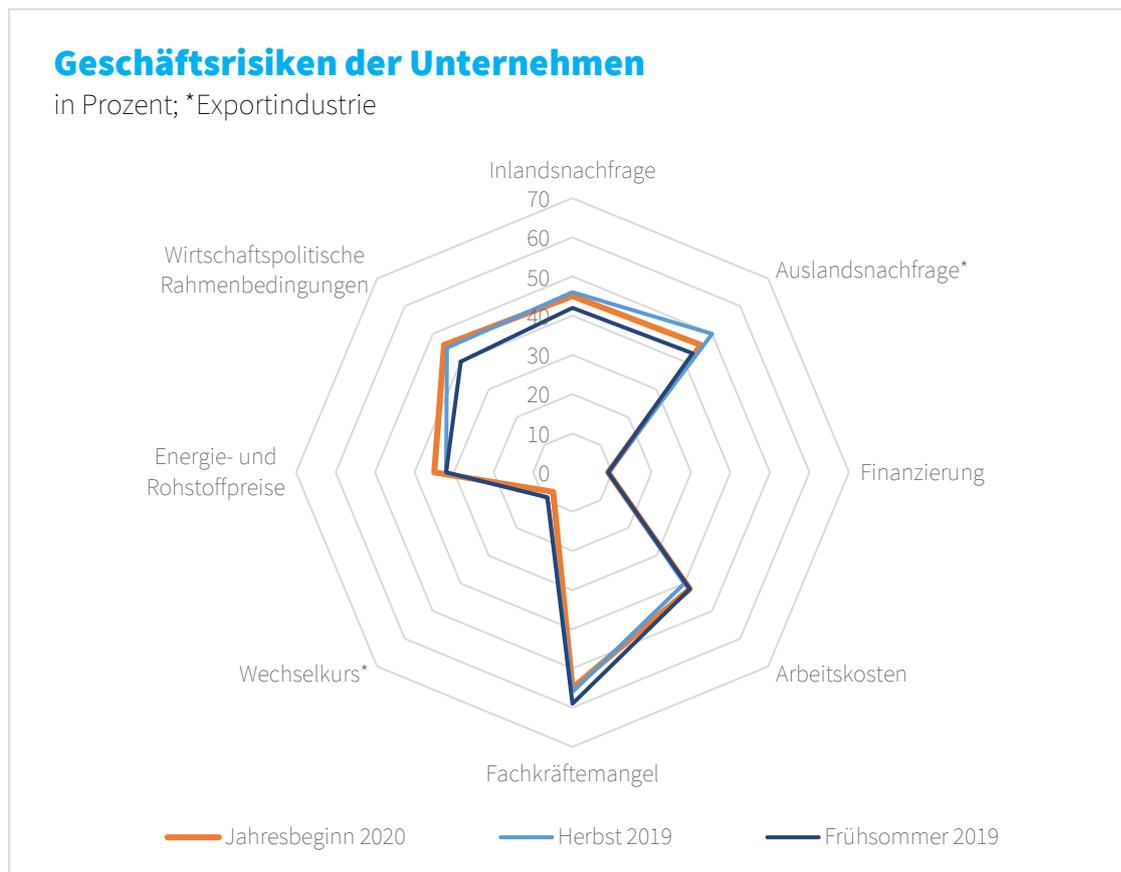
Die Beschäftigungsabsichten in der Industrie verfestigen sich auf niedrigem Niveau. Im Vergleich zu den Wirtschaftszweigen liegen die Betriebe deutlich zurück. Innerhalb der Branchen gibt es dabei deutliche Unterschiede. Die exportorientierten Branchen wie Vorleistung- und Investitionsgüterproduzenten verzeichnen nochmals leichte Abstriche, während Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten von der guten Binnenkonjunktur profitieren und ihre Beschäftigungsabsichten verbessern. Trotz der zurückhaltenden Beschäftigungsplanungen bleiben qualifizierte Arbeitskräfte knapp. Gerade angesichts der strukturellen Herausforderungen ein Warnsignal. Der Fachkräftemangel (46 Prozent) bleibt auch bei den Industrieunternehmen eines der TOP-Risiken für die Geschäftsentwicklung. Er belegt zusammen mit der Auslandsnachfrage Platz drei – nach den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (48 Prozent) und der Inlandsnachfrage (57 Prozent). Bemerkenswert: Steigende Arbeitskosten werden von immer mehr Industrieunternehmen als Risiko betrachtet (42 Prozent, Vorumfrage: 39 Prozent).

Dass die Inlandsnachfrage für die Unternehmen ein so großes Risiko darstellt, liegt nicht zuletzt daran, dass auch die Vorleistungsgüterproduzenten betroffen sind (61 Prozent nennen die Inlandsnachfrage als Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung; der Wert war zuletzt vor zehn Jahren höher). Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die rückläufige Investitionsneigung beeinträchtigen nicht nur die Investitionsgüterproduzenten, sondern auch die Vorleister als ihre Zulieferer. Sie spüren die schwächere Auftragslage der Investitionsgüterhersteller.

Nachfragerisiken der Investitionsgüterhersteller

in Prozent





Strukturelle Herausforderungen gewinnen an Bedeutung

Letztlich hinterlassen auch strukturelle Probleme ihre Spuren bei der deutschen Konjunktur. Fachkräftengpässe bleiben trotz Konjunkturschwäche eine große Herausforderung für die deutschen Unternehmen. Weiterhin hat mehr als jeder zweite Betrieb Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. Ein Blick nach vorn verschärft die Situation noch weiter: Bis zum Jahr 2035 wird das Angebot an Arbeitskräften in Deutschland um bis zu 6 Millionen abnehmen – und ohne fortgesetzte Zuwanderung von Fachkräften wird die Abnahme noch steigen.

Insbesondere wenn es darum geht, die Stärken der deutschen Wirtschaft in das digitale Zeitalter zu übertragen, ist die Fachkräftesicherung ein zentrales Thema. Dass es bei der Übertragung digitaler Schlüsseltechnologien und Künstlicher Intelligenz in die Unternehmen an den nötigen IT-Fachkräften fehlt, wird auch daran ersichtlich, dass 56 Prozent der Unternehmen, die in Produktinnovation investieren wollen, den Fachkräftemangel als größtes Geschäftsrisiko betrachten.

Auch der technologische Wandel hin zu neuen Antriebsformen bei Automobil, Mobilitätskonzepten und Digitalisierung birgt strukturelle Herausforderungen für Deutschland. Der deutsche Maschinen- und Fahrzeugbau hat im letzten Jahr kräftige Abstriche hingenommen. Die Geschäftslage ist im Vorjahresvergleich deutlich gesunken (Industrie gesamt: 16 nach 43 Saldopunkten, Maschinenbau: 15 nach 55 Saldopunkten, Fahrzeugbau: 8 nach 44 Saldopunkten). Auch die Geschäftserwartungen liegen weiter deutlich im negativen Bereich – wenngleich aktuell eine leichte Verbesserung zu verzeichnen ist.

Die Auswirkungen der deutschen und europäischen Klimapolitik auf die hiesige Wirtschaft – gerade die Industrie – sind noch nicht absehbar. Die Unternehmen sind gerade mit Blick auf ihre Investitionen zurückhaltend. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Investitionsabsichten spürbar gesunken (Industrie gesamt: minus eins nach 16 Saldopunkten zu Jahresbeginn 2019). Das liegt auch daran, dass Unsicherheit darüber besteht, in welche Technologien investiert wer-

den soll. Die Investitionsabsichten der Gesamtwirtschaft fielen in den letzten zwei Jahren (Jahresbeginn 2018: 22 Saldopunkte; Jahresbeginn 2020: sechs Saldopunkte) und konnten nur zuletzt eine gewisse Stabilisierung aufweisen. Augenscheinlich ist jedoch der erhöhte Fokus der Betriebe auf den Klima- und Umweltschutz. Mit einem Rekordwert nennen 20 Prozent der Unternehmen den Umweltschutz als ein Hauptmotiv für ihre Investitionen. In der Industrie sind es sogar mehr als ein Viertel der Unternehmen. Klimaschutz und Energieeffizienz werden für die Unternehmen immer relevanter. Die gesetzlichen Vorgaben spielen hier eine große Rolle. Gleichzeitig stellt sich die Frage immer deutlicher, wie die Unternehmen angesichts der Vorgaben ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten sollen. Die Investitionen von Unternehmen aus energieintensiven Branchen wie der Metallherzeugung und -bearbeitung oder dem Papiergewerbe sind schon seit einiger Zeit rückläufig (Metallherzeugung Jahresbeginn 2020: -21 nach -12 Saldopunkten im Herbst 2019, Papiergewerbe Jahresbeginn 2020: minus sieben nach zwei Saldopunkten im Herbst 2019). Die Investitionsabsichten der energieintensiven Industrie entwickeln sich damit schwächer als die der gesamten Industrie (Jahresbeginn 2020: minus ein Saldopunkt, Jahresbeginn 2019: 16 Punkte). Es gibt hierzulande zwar eine Reihe von Entlastungen, etwa reduzierte Sätze bei Energiesteuern und bei der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie die Zuteilung kostenloser CO₂-Zertifikate im europäischen Emissionshandel und einen Ausgleich für emissionshandelsbedingte Strompreisbestandteile. Diese Entlastungen führen jedoch nicht zu einem vollständigen Ausgleich der energie- und klimapolitisch bedingten Lasten. Beispielsweise zahlen die Unternehmen, die von EEG-Ausnahmen profitieren, einen geringen EEG-Anteil. Hinzu kommt, dass viele der Entlastungen immer wieder neu verhandelt werden müssen. Die daraus resultierende Unsicherheit dämpft die Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen.

Binnennachfrage trägt deutsche Konjunktur

Auch im Jahr 2020 trägt gerade die Binnenkonjunktur die deutsche Wirtschaft. Für die EZB dürfte sich im laufenden Jahr recht wenig ändern, und so ist nicht mit einer Erhöhung der Zinsen zu rechnen. Die Teuerungsrate bleibt gering und die realen Ausgabenspielräume der privaten Haushalte stabil. Die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen deuten bis dato darauf hin, dass sich der Arbeitsmarkt in der Breite stabil entwickelt – trotz Industrierezession. In Folge ist mit einem beständigen Niveau des privaten Konsums zu rechnen, von dem jedoch keine großen Wachstumsimpulse zu erwarten sind. Dafür sprechen die verbesserten Geschäftserwartungen des Handels und der Dienstleister. Auch im Bau wird weiterhin intensiv gearbeitet. Die Branche befindet sich bei der Geschäftslage weiterhin nahe der historischen Höchststände. Die Erwartungen verbessern sich wieder etwas. Die Branche wird vor allem durch den Wohnungsbau angekurbelt. So bleibt diese Branche eine wesentliche Stütze der deutschen Konjunktur.

Konsumnahe Branchen blicken trotz guter Geschäftslage verhaltener in die Zukunft

Die verhaltenen Erwartungen von personenbezogenen Dienstleistern und dem Einzelhandel an 2020 lassen erahnen, dass die strukturellen Umwälzungen auch an diesen beiden Sparten nicht spurlos vorbeigehen werden. Im Einzelhandel beurteilen die Unternehmen ihre Geschäftslage weiterhin überwiegend gut (26 nach 23 Saldopunkten). Dennoch gehen mehr Firmen von einer Verschlechterung als von einer Verbesserung ihrer Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten aus. Der Erwartungssaldo von minus drei Punkten bleibt auf dem Niveau der Vorumfrage. Die personenbezogenen Dienstleister schätzen ihre Geschäftslage mit 31 Saldopunkten im Vergleich zur Vorumfrage unverändert gut ein. Die Geschäftserwartungen sind leicht zurückgegangen und landen auf null – gleichviele Betriebe gehen von einer Verschlechterung wie einer Verbesserung aus.

Baugewerbe bleibt Stütze der deutschen Konjunktur

Im Bau stehen die Zeichen weiterhin auf gute Geschäfte, und so bleibt diese Branche eine wesentliche Stütze der deutschen Konjunktur. Insgesamt ist jedoch ein leichter Rückgang des Geschäftslagesaldos zu verzeichnen (Herbst 2019: 63 Saldopunkte, Jahresbeginn 2020: 59 Saldopunkte), auch wenn die Baubranche im Vergleich zu anderen Branchen immer noch am besten dasteht. Die Geschäftserwartungen verbessern sich im Vergleich zur Vorumfrage leicht (minus drei nach minus vier Saldopunkten), wenngleich sie hinter jenen der Vorjahresumfrage zurückbleiben. Der Fachkräftemangel bleibt mit 77 Prozent das größte Geschäftsrisiko.

Im Wirtschaftsbau fiel die Entwicklung zuletzt etwas weniger kräftig aus. Angesichts der konjunkturellen Schwäche halten sich vor allem die Industrieunternehmen zurück, wenn es um die Erweiterung ihrer baulichen Anlagen geht. Kapazitätsausweitungen haben als Investitionsmotiv unter Industrieunternehmen in den letzten zwei Jahren an Bedeutung verloren (Jahresbeginn 2020: 27 Prozent; Jahresbeginn 2018: 41 Prozent). Das spürt auch der Wirtschaftsbau.

Der Wohnungsbau profitiert weiterhin von den günstigen Rahmenbedingungen wie hoher Erwerbstätigkeit und niedrigen Zinsen.

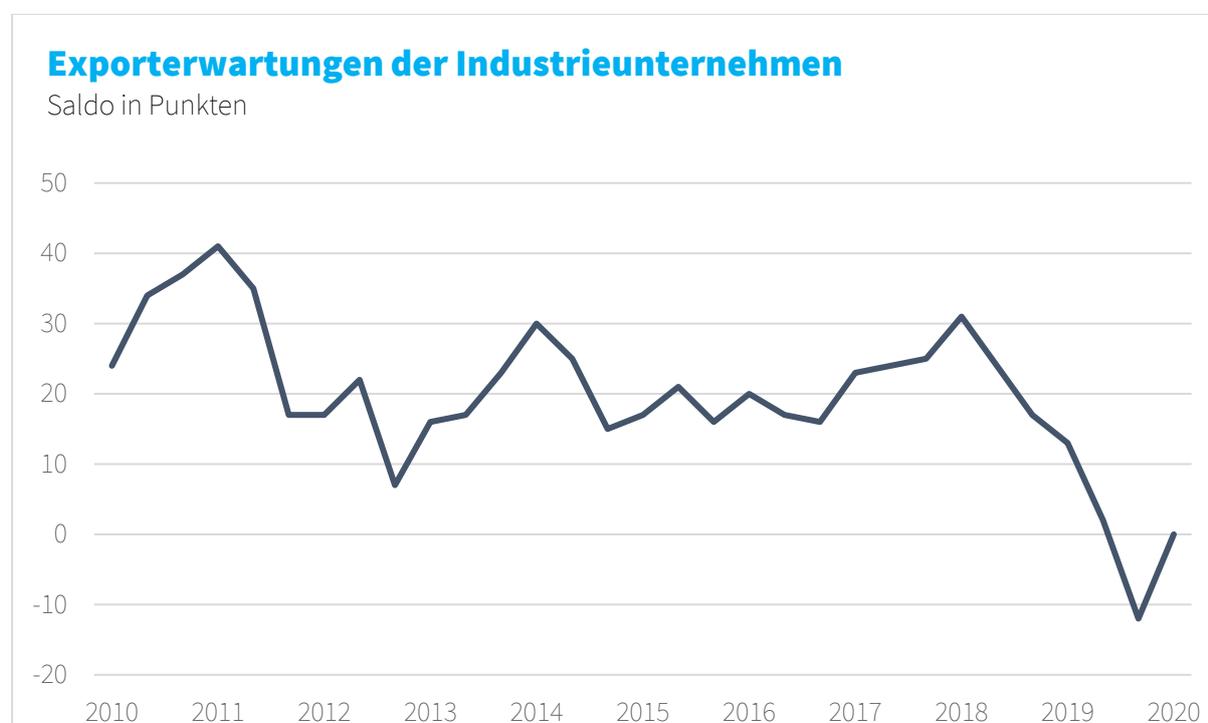
Im öffentlichen Bau ist eine weitere Ausweitung der Geschäfte zu erwarten. Bund, Länder und vor allem die Kommunen vergeben zunehmend mehr Bauaufträge und haben diese auch mittelfristig ausfinanziert. Hemmnisse für ein noch stärkeres Wachstum sind neben den öffentlichen Engpässen bei Planung und Genehmigung auch die bürokratischen Anforderungen, die vor allem die mittelständisch geprägte Bauwirtschaft vor große Hürden in der Angebotsabgabe stellt. Zudem dauern die Verfahren sehr lang.

Ausgebremstes Auslandsgeschäft

Die Exporterwartungen der deutschen Industrie steigen zum ersten Mal seit 2018 wieder an, bleiben jedoch kraftlos und liegen weiterhin sehr deutlich unter dem Schnitt der letzten Jahre. Viele Betriebe haben auf die zahlreichen internationalen Handelskonflikte reagiert und ihre Lieferketten umgestellt. Befürchtungen zu Jahresende, dass der Außenhandel in der Breite einbricht, haben sich zum Glück nicht bewahrheitet. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Auslandsgeschäfts bleibt jedoch hoch: Fast jedes zweite exportierende Industrieunternehmen sieht die Auslandsnachfrage weiterhin als Risiko für die eigenen Geschäfte.

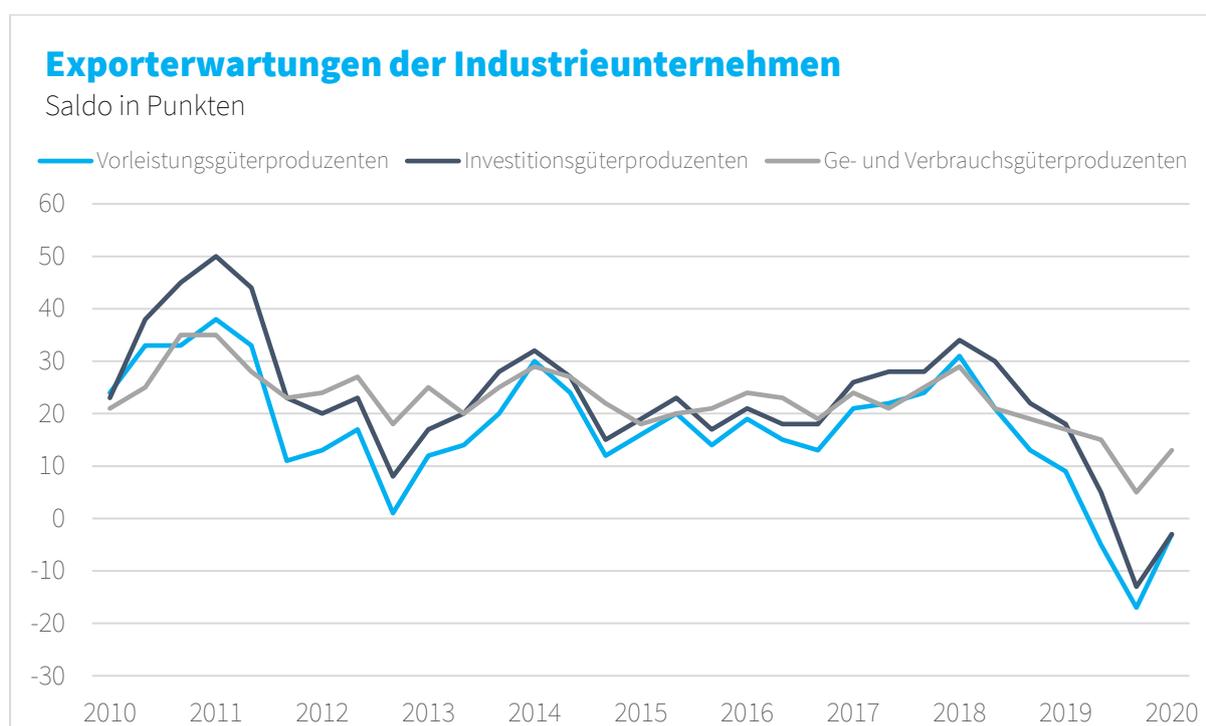
Die deutschen Industrieunternehmen erwarten weiterhin schwierige Geschäfte mit dem Ausland. 23 Prozent erwarten mehr Exporte in diesem Jahr, ebenfalls 23 Prozent sehen sinkenden Exporten entgegen. In der Vorumfrage lag der Saldo noch bei minus 12 Punkten. Die seit 2018 sinkenden Exporterwartungen steigen damit zum ersten Mal wieder. Der Saldo liegt aber weiterhin deutlich unterhalb des langjährigen Durchschnitts von 21 Punkten. Das Auslandsgeschäft bleibt für die Unternehmen damit sehr herausfordernd.

Globale Handelskonflikte, neue Zölle und Handelsbarrieren sowie die weiterhin unklaren zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit dominieren weiterhin die Sorgen im Exportgeschäft. Vor allem der Konflikt zwischen den, aus deutscher Sicht, wichtigsten Exportländern außerhalb Europas – den USA und China – macht sich bei den Unternehmen hierzulande bemerkbar. Zwar gibt es derzeit eine Atempause, der Konflikt ist aber nicht gelöst. „Strafzölle“ wurden bisher kaum abgebaut und weitere US-Zölle – auch gegenüber Europa zum Beispiel im Automobilbereich – sind möglich. Infolge der WTO-Entscheidung im Airbus-Fall haben die USA bereits neue Zollsätze auf viele europäische Produkte wie Werkzeuge, Käse oder Wein erlassen. Das Phase-1-Abkommen zwischen den USA und China könnte zudem eine Verschiebung des weltweiten Handels bewirken. Wenn China künftig mehr US-amerikanische Produkte importiert, könnte dies zu Lasten europäischer und damit auch deutscher Güter gehen. Der Fahrzeug- und Flugzeugbau aber auch pharmazeutische Produkte sind hier besonders betroffen.



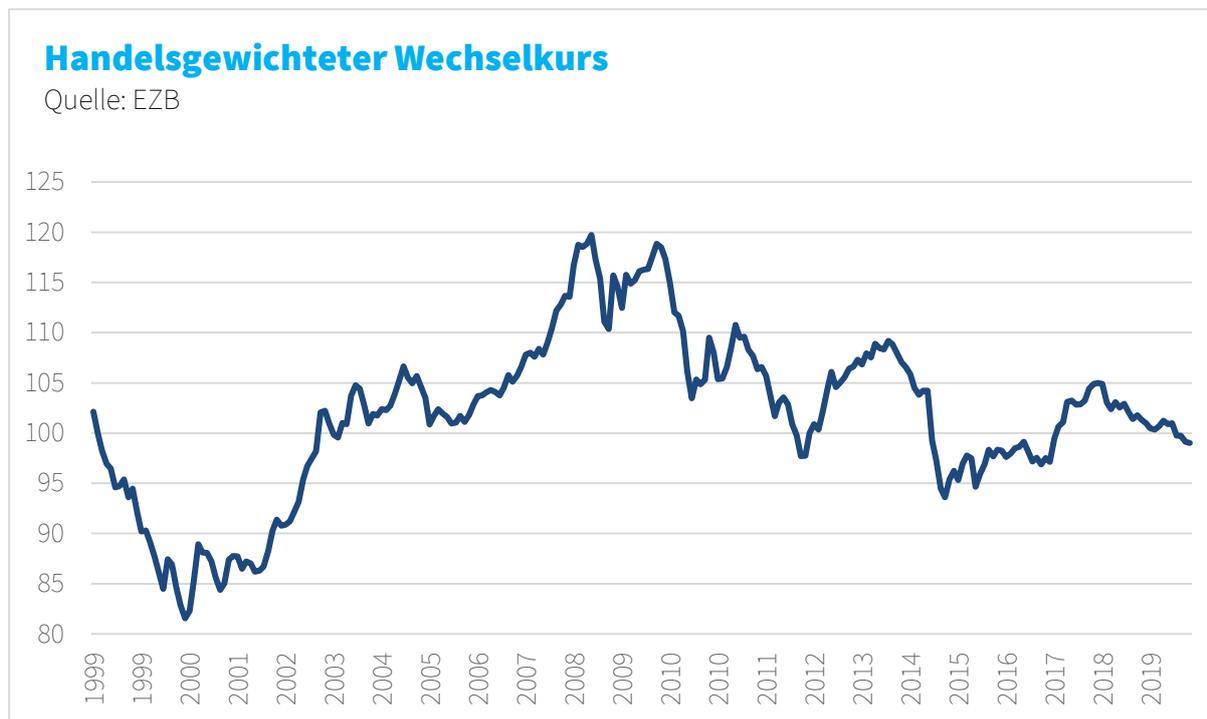
Neben den direkten Auswirkungen für die Niederlassungen in beiden Ländern sind es die Effekte des Konflikts auf die globalen Handelsströme, die die deutschen Unternehmen treffen: Die aufgrund von Zöllen gestiegenen Handelskosten und Unsicherheiten über neue oder zunehmende Handelsbarrieren sorgen weltweit für Zurückhaltung bei Investitio-

nen und damit zu sinkender Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern. Der Saldo dieser Hauptgruppe liegt bei minus drei Punkten. Vor einem Jahr lag der Saldo noch bei 18 Punkten, in der Vorumfrage bei minus 13 Punkten. Vor allem bei den Herstellern von Kfz-Teilen (Saldo minus 23 Punkte) sowie im Maschinenbau (Saldo minus acht Punkte) sind die Exporterwartungen im Vergleich weiterhin sehr niedrig. Hier spielen neben den Handelshemmnissen und der weltweit schwachen Nachfrage nach Investitionsgütern auch strukturelle Herausforderungen eine Rolle: Digitalisierung und Mobilitätswende verändern die internationalen Anforderungen an Fahrzeuge und Maschinen, auf die die Unternehmen reagieren müssen, wenn sie weiterhin ihre Produkte verkaufen wollen. Ebenfalls pessimistisch, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie zuvor, bleiben die Hersteller von Vorleistungsgütern in Bezug auf ihre Exporte. Diese Gruppe ist ein Frühindikator für die deutsche Ausfuhrentwicklung. Ihre Zurückhaltung deutet auf wenig Dynamik bei den Ausfuhren hin.



Vor allem große Unternehmen können sich etwas besser auf die veränderten Bedingungen im Außengeschäft einstellen, zum Beispiel durch Konzentration auf nicht von Handelskonflikten betroffenen Märkten oder die Anpassung von Lieferketten. Der Saldo ihrer Exporterwartungen steigt von minus sieben auf plus 13 Punkte. Auch mit zusätzlichen Zöllen und anderen neu hinzugekommenen Handelshemmnissen können größere Unternehmen im Vergleich zu kleineren Unternehmen mit weniger Personal- und Finanzressourcen besser umgehen. Ihre Kosten dafür sind aber hoch. Kleinere bis mittelgroße Unternehmen mit 20-199 Beschäftigten können oftmals nicht so flexibel auf Änderungen im grenzüberschreitenden Handel reagieren, da sie meist auf einzelne Märkte oder Kundengruppen fokussiert sind. Der Saldo liegt bei minus vier Punkten nach zuvor minus 15 Punkten.

Im Vergleich zu anderen Branchen bewegen sich die chemische und pharmazeutische Industrie (Saldo 18 Punkte nach sechs Punkten in der Vorumfrage) sowie die Elektrotechnik (Saldo neun Punkte nach zuvor minus sechs Punkten) noch recht robust im schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld. Die Exporterwartungen sind leicht gestiegen, bleiben aber noch weit unter dem langjährigen Durchschnitt.



Das Risiko Auslandsnachfrage geht leicht von 50 auf 46 Prozent zurück. Es bleibt aber als drittgrößtes Geschäftsrisiko für die Unternehmen auf hohem Niveau. Erfreulich: Das Wechselkursrisiko nimmt aufgrund eines stabilen Euro-Dollarkurses weiter ab (von neun auf sieben Prozent).

Blick in die Weltregionen

Die Einschätzungen basieren unter anderem auf den Berichten der 140 deutschen Auslandshandelskammern (AHK), Delegationen und Repräsentanzen in 92 Ländern sowie den Unternehmensantworten in der weltweiten Befragung des AHK World Business Outlook.

Langsames globales Wachstum

In vielen Regionen der Welt entwickelt sich das Wachstum der Volkswirtschaften nur schwach. Zahlreiche Handelskonflikte bremsen den weltweiten Handel von Gütern und damit die globale Konjunktur. Zunehmender Protektionismus, Zölle und Sanktionen mit weitreichenden Auswirkungen auf die Lieferketten sorgen für Planungsunsicherheit – nicht nur bei den deutschen Unternehmen. Die Folge: Immer mehr Betriebe halten sich bei Investitionen zurück. In China, in den USA und in vielen Industrieländern gehen die Wachstumsraten zurück. Die daraus resultierende schwächelnde Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen bekommen dann auch viele Entwicklungs- und Schwellenländer zu spüren.

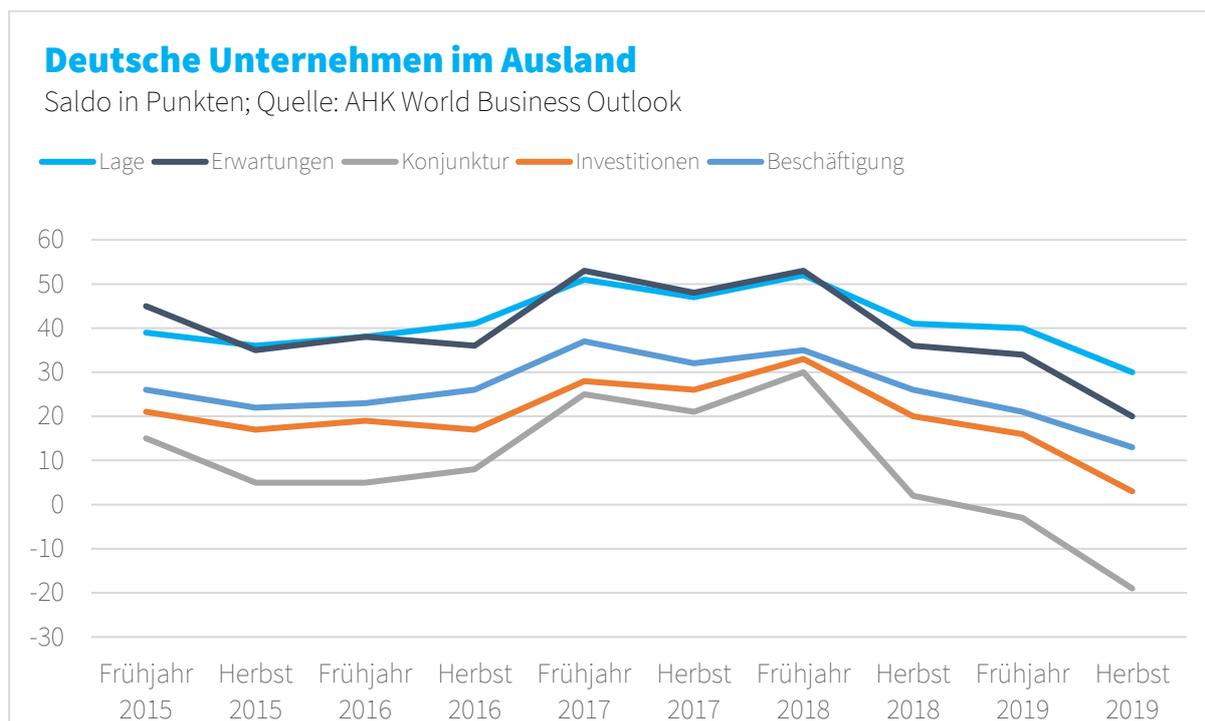
Europa gebremst

Die Konjunktur in Europa ist derzeit deutlich gebremst. Italien ist dabei mit einem Nullwachstum im vergangenen Jahr das Schlusslicht in der EU. Der Konsum bleibt schwach und Investitionen werden wegen Unsicherheiten aus dem In- und Ausland zurückgehalten. Auch Spanien und die Visegrad-Länder (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) können das schwierige internationale Umfeld nicht komplett abschütteln und erreichen nicht mehr die hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre. In Russland hat die Wirtschaft neben strukturellen Fragen und einer relativ hohen Inflationsrate auch mit den Auswirkungen der Sanktionen zu kämpfen.

Im Vereinigten Königreich sorgt der Brexit weiterhin für Abstriche beim Wirtschaftswachstum, vor allem aufgrund der sinkenden Investitionen der Industrie. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU hat eine Frist bis Ende dieses Jahres begonnen. In dieser vergleichsweise kurzen Übergangszeit gilt es, ein Freihandelsabkommen auszuhandeln. Sollte dies nicht oder nur rudimentär gelingen, könnten Zölle und andere Handelshemmnisse den Austausch von Dienstleistungen und Waren zwischen Deutschland und Großbritannien belasten. Seit dem Brexit-Referendum ist UK bereits von Platz fünf auf Platz sieben der wichtigsten deutschen Handelspartner zurückgefallen. Bei einem harten Brexit nach der Übergangsphase ohne enge Anbindung an die EU und damit hohen Kosten für britische, aber auch deutsche und andere europäische Unternehmen droht eine noch stärkere Belastung der Konjunktur im Land und in Europa.

Hohes, aber nachlassendes Wachstum in Asien

Das Wirtschaftswachstum in China bleibt zwar im weltweiten Vergleich auf hohem Niveau, die Dynamik der vergangenen Jahre lässt aber merklich nach. Chinesische und auch viele deutsche Unternehmen sind direkt vom Handelskonflikt mit den USA betroffen. Zusätzlich ist ein wachstumsdämpfender Effekt durch die Coronavirus-Epidemie zu erwarten. Die chinesische Regierung versucht deshalb u.a. mit fiskalpolitischen Eingriffen die Wirtschaft zu stützen. In Asien sind viele Länder von den schwächeren Wachstumszahlen in China und vom Handelskonflikt der USA mit China mittelbar betroffen. So auch Japan, das zudem unter der weltweit geringeren Nachfrage nach Investitionsgütern leidet. In einigen südostasiatischen Ländern, wie zum Beispiel Philippinen, Indonesien und Vietnam sind die außenwirtschaftlichen Herausforderungen zwar spürbar, das starke Wachstum wird aber nur wenig gebremst. Auch in Indien sind die Wachstumsraten der Wirtschaft mit aktuell über sechs Prozent weiterhin dynamisch.



Herausforderungen in Nord- und Südamerika

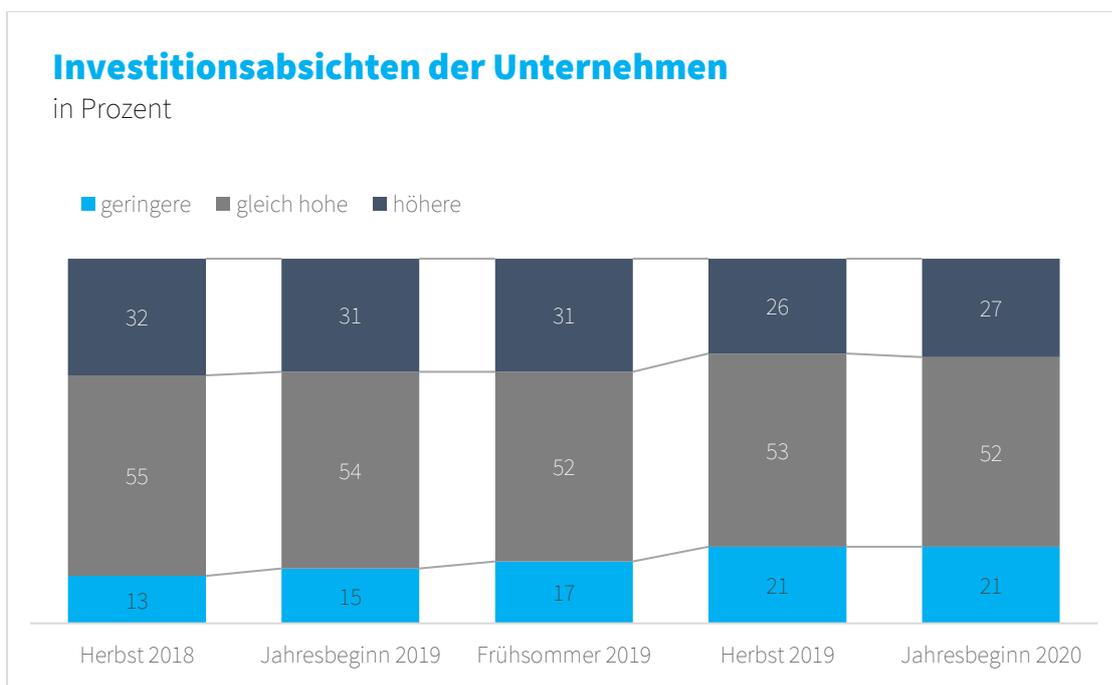
In den USA treffen die Effekte der Handelskonflikte immer mehr auch die heimische Wirtschaft. Die durch die Strafzölle gestiegenen Kosten für Unternehmen und Verbraucher bremsen das Wachstum. Gleichzeitig fehlen dem Staat Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Sollten die Einschränkungen im Außenhandel langfristig bestehen bleiben oder sogar weiter zunehmen, droht die Wirtschaftsentwicklung weiter abzuflachen. Die schwächere wirtschaftliche Entwicklung greift zunehmend auch auf die stark mit dem US-Markt verbundenen Märkte in Mexiko und Kanada über. Die Hoffnungen auf eine konjunkturelle Erholung auf dem südamerikanischen Kontinent konnten bisher nicht erfüllt werden. So wirkt sich die Schwäche Brasiliens negativ auf andere südamerikanische Länder wie Argentinien, Uruguay und Chile aus.

Chancen und Risiken in Afrika

Die schwächelnde Weltkonjunktur trifft auch die afrikanischen Staaten. Zwar wächst die Wirtschaft in einigen Ländern, wie zum Beispiel Ägypten oder Kenia deutlich. Viele Herausforderungen wie Rechtssicherheit und Fachkräftebedarf sind aber Hürden – nicht nur für die Geschäfte deutscher Unternehmen vor Ort.

Investitionen mit viel Luft nach oben

Die Investitionsabsichten der Unternehmen verbessern sich leicht, allerdings mit schwacher Dynamik. Während die Dienstleister ihr Engagement vom Herbst unverändert fortsetzen wollen, planen der Bau und der Handel mit leicht verbesserten Investitionsvorhaben. Von sehr niedrigem Niveau aus erhöhen zwar die Industrieunternehmen ihre Investitionspläne am deutlichsten – bleiben aber im Vergleich der Wirtschaftszweige Schlusslicht. Vor allem die größeren und mittelständischen Unternehmen planen mit soliden Investitionsbudgets. Verstärkt wollen die Unternehmen in Produktinnovationen und Umweltschutz investieren; auf unverändert hohem Niveau bleiben die Ersatzinvestitionen.



Risiken bremsen Investitionen

Die Unternehmen sehen sich zu Jahresbeginn 2020 mit einer Vielzahl von Risiken konfrontiert, die auf die Investitionsneigung drücken. Mehr Unternehmen als im Herbst 2019 sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (46 Prozent), den Arbeitskosten (42 Prozent) und den Energie- und Rohstoffpreisen (35 Prozent) ein beträchtliches Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Von den Unternehmen, die mit weniger Investitionen in diesem Jahr planen, geben sogar noch mehr diese Risiken an (Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: 51 Prozent; Arbeitskosten: 45 Prozent, Energie- und Rohstoffpreise: 40 Prozent) – und in der Industrie betrifft es mittlerweile rund jedes zweite Unternehmen mit verschlechterten Investitionsplänen.

Für viele, insbesondere energieintensive und mittelständische Industrieunternehmen stellt die Einführung des nationalen Emissionshandels zur Bepreisung von CO₂ ein erhebliches Risiko im internationalen Wettbewerb dar. Zum einen ist das Verhältnis zum europäischen Emissionshandel noch nicht abschließend geklärt. Zum anderen ist noch vollkommen unklar, ob und in welcher Form besonders betroffene Unternehmen entlastet werden. Zudem sind die Strompreise zum Jahreswechsel erneut spürbar gestiegen.

Industrie holt etwas auf

Die Investitionspläne der Industrieunternehmen holen im Vergleich der Wirtschaftszweige zwar am meisten auf – allerdings von geringerem Niveau kommend (Saldoverbesserung um drei auf minus einen Punkt). Die sich verbessernden

Erwartungen für die weitere Geschäftsentwicklung (Saldoverbesserung um zehn auf minus fünf Punkte) und für die Exporte (Saldoverbesserung um zwölf auf null Punkte) geben den Investitionsplänen der Industrieunternehmen einen leichten Impuls. Deutlich schrauben die Konsumgüterhersteller ihre Investitionspläne nach oben und machen ihre Abstriche aus 2019 damit fast wett (neuer Saldo: 12 Punkte, Vorumfrage: sechs Punkte; Frühsommer 2019: 14 Punkte). Sie profitieren weiterhin vom stabilen Konsum hierzulande – und der stetigen Nachfrage nach Qualitätswaren „Made in Germany“ weltweit. Das Bekleidungs-gewerbe zeigt sich seit erstmals seit Herbst 2018 wieder dynamischer und plant mit aufgestockten Investitionsbudgets (Saldoanstieg um acht auf vier Punkte) – ein Zeichen ihrer deutlich verbesserten Geschäftserwartungen (Saldoanstieg um 26 auf zwei Punkte). Auch die Pharmaunternehmen wollen mehr investieren.

Maschinen- und Fahrzeugbau bleiben Sorgenkinder

Etwas weniger Einschnitte bei ihren Investitionsbudgets planen auch die Investitionsgüterhersteller (Saldoanstieg um sechs auf minus vier Punkte). Als stark exportorientierte Sparte sind die Investitionsgüterhersteller abhängig von der globalen konjunkturellen Großwetterlage und dem weltweiten Bedarf nach Maschinen, Fahrzeugen und Metallerzeugnissen. Der Maschinenbau berappelt sich etwas bei den Investitionsplänen (Saldoverbesserung um fünf auf minus sechs Punkte), bleibt aber sehr verhalten. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Fahrzeugbau. Auch hier zeigen sich leicht verbesserte Investitionsplanungen (Saldoverbesserung um sieben auf minus elf Punkte), die allerdings unter dem Niveau der letzten zehn Jahre liegen. Im Kraftfahrzeugbau fallen die Verbesserungen bei den Investitionsplänen noch geringer aus (Saldoanstieg um drei auf minus 21 Punkte).

Vorleister straucheln

Am schwächsten fällt die Erholung bei den Herstellern von Vorleistungsgütern aus (Saldoverbesserung um einen auf minus sieben Punkte). Sie sind für die Produktion von Konsum- und Investitionsgütern unerlässlich und spüren Nachfrageschwankungen aus dem In- und Ausland ganz besonders deutlich und häufig noch vor anderen Branchen. Optimistisch zeigen sich die Branchen „Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau“ (Saldoanstieg um 13 auf 22 Punkte), „Glas-, Keramik- und Steineverarbeitung“ (Saldoanstieg um 14 auf 13 Punkte) sowie die Chemische Industrie (neuer Saldo: 18 Punkte nach 14 Punkte). Kräftig streichen hingegen die Metallerzeuger- und Bearbeiter ihre Investitionsbudgets zusammen (Saldoverschlechterung um neun auf minus 21 Punkte). Sie sind wichtige Zulieferer für den Maschinen- und Fahrzeugbau und sind von deren geschäftlichen Entwicklung besonders abhängig. Das wird in der Risikoeinschätzung der Metallerzeuger- und Bearbeiter deutlich: Die Inlandsnachfrage verfestigt sich zunehmend zum Hauptrisiko für die Geschäfte dieser Branche. Auch die Gummi- und Kunststoffindustrie befindet sich im Fahrwasser des Maschinen- und Fahrzeugbaus und nimmt Abstriche bei ihren Investitionsplänen vor (Saldoverschlechterung um fünf auf minus 18 Punkte). Hinzu kommt, dass die Branchen energieintensiv arbeiten und daher von den nationalen und europäischen Plänen zum Klimaschutz besonders betroffen sind.

Produktinnovationen und Umweltschutz werden relevanter

Jedes dritte Unternehmen möchte verstärkt in Produktinnovationen investieren. Während jedes fünfte auf Investitionen auf Grund des Umweltschutzes setzt – und damit etwas mehr als noch im Herbst 2019. Die konjunkturelle Eintrübung führt dazu, dass Produktinnovationen wieder stärker auf die Agenda treten.

Diese sind vor dem Hintergrund der strukturellen Herausforderungen – insbesondere der technologische und demografische Wandel – wichtig. Zum anderen kommen steuerliche Anreize durch die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung ab 1.1.2020 für mehr Innovationen hierzulande hinzu. Aus Gründen des Umweltschutzes planen so viele Unternehmen wie nie zuvor seit Beginn der Befragung 2003 zu investieren, vor allem aus der Industrie (26 Prozent). Das zeigt einer-

Investitionsmotive der Unternehmen	
Anteil der Nennungen in Prozent	
Ersatzbedarf	65
Produktinnovation	33
Rationalisierung	32
Kapazitätsausweitung	26
Umweltschutz	20

seits, dass die Debatte um Klimaschutz und Energieeffizienz in der Mitte der Unternehmen angekommen ist und Energieeffizienz und Klimaschutz sind zu einem wichtigen Merkmal im Wettbewerb geworden. Andererseits verfolgt die Politik in Berlin und Brüssel auch klimapolitische Maßnahmen, die von den Unternehmen zusätzliche Investitionen erfordern, z.B. Investitionen in alternative Antriebe, zur Einsparung von CO₂ sowie für mehr Energieeffizienz. Allerdings sorgen sich von den Unternehmen, die in den Umweltschutz investieren, auch 51 Prozent um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und 53 Prozent um Energie- und Rohstoffpreise – und damit mehr als in der Gesamtwirtschaft (Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: 46 Prozent; Energie- und Rohstoffpreise: 35 Prozent). Umso wichtiger ist angesichts steigender Energie- und Rohstoffpreise, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Blick zu behalten.

Konsumnahe Dienstleister auf Expansionskurs

Die Dienstleister sind zuversichtlich aufgestellt und führen ihr expansives Engagement vom Herbst 2019 unverändert fort (Saldo: zehn Punkte). Unter ihnen wollen vor allem die besonders konsumnahen Branchen rund um die Freizeitgestaltung ihre Investitionspläne ausweiten und auch zusätzliche Kapazitäten schaffen oder mit neuen Produkten rund um die Unterhaltung Zielgruppen halten bzw. neue erschließen. Dazu gehören die Medien- und Filmwirtschaft, zu denen auch Kinos zählen (Saldoanstieg um 16 auf 30 Punkte), die Kunst-, Unterhaltungs- und Erholungsbranche mit Konzerten, Museen und anderen (sportlichen) Freizeiteinrichtungen (Saldoanstieg um neun auf 15 Punkte) sowie Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter (Saldoanstieg um zehn auf 16 Punkte). Von der Konsumlaune möchte auch der Einzelhandel profitieren, der mit aufgestockten Investitionsplänen ins neue Jahr startet (Saldoanstieg um drei auf sieben Punkte).

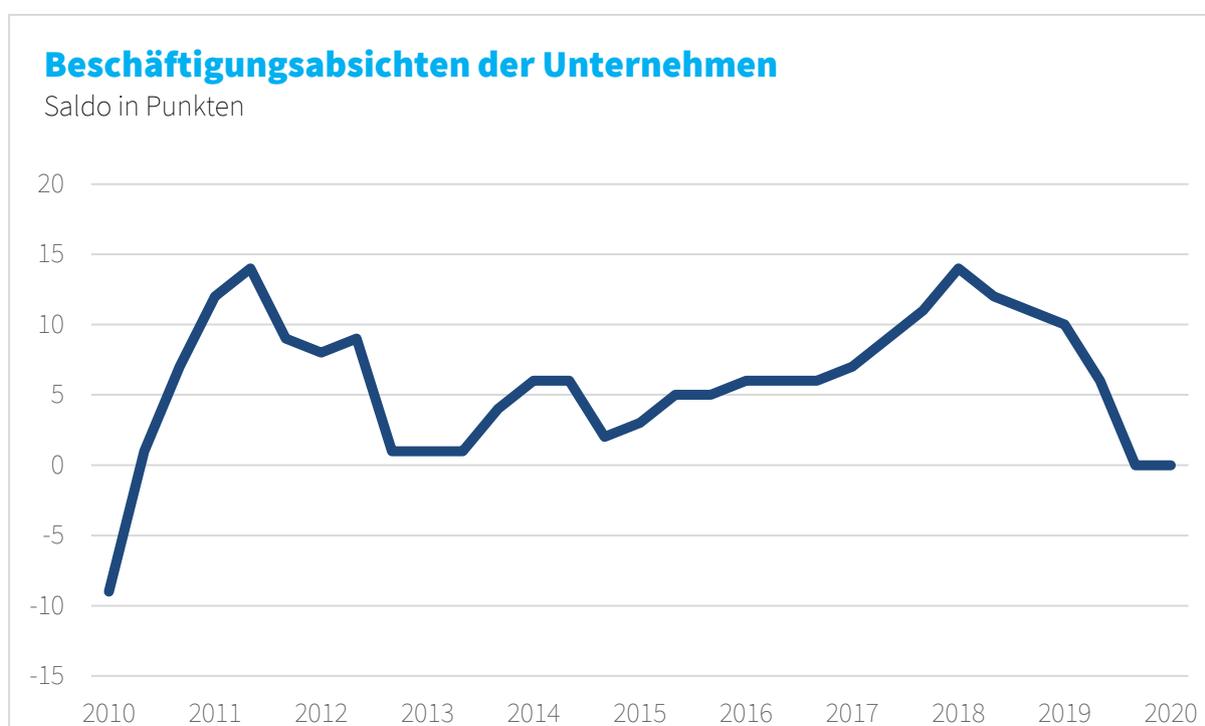
Unternehmensnahe Dienstleister zurückhaltender

Bei den überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistern macht sich die deutlich langsamere Gangart der Wirtschaft und gerade der Industrie bemerkbar. Sie warten ab und halten sich bei ihren Investitionsplanungen zurück (Saldoverschlechterung um zwei auf neun Punkte). So schrauben die Forschungs- und Entwicklungsdienstleister ihre Investitionspläne zurück (22 Punkte, Vorumfrage: 27 Punkte), die Vermittler und Überlasser von Arbeitskräften (minus 13 Punkte; Vorumfrage: minus zwölf Punkte) und auch die Bildungswirtschaft (13 Punkte, Vorumfrage: 17 Punkte). Zuversichtlicher zeigen sich hingegen die Unternehmensberater (Saldoanstieg um drei auf sieben Punkte), deren Leistungen auch vor dem Hintergrund der vielfältigen strukturellen Herausforderungen – ob Digitalisierung, demografischer Wandel oder ressourceneffizientes Wirtschaften – verstärkt nachgefragt werden. Auch die Leasingbranche plant mit höheren Investitionsbudgets (Saldoanstieg um vier auf vier Punkte). Für die Unternehmen wird es zunehmend interessanter, Leasing-Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, seien es Maschinen, PKWs oder Software und damit mit überschaubarem finanziellem Aufwand neue Lösungen zu testen.

Beschäftigungsabsichten unverändert

Nach einem Einbruch zu Jahresende stabilisieren sich die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen. Angesichts der außenwirtschaftlichen und auch strukturellen Herausforderungen lassen die Unternehmen aber derzeit Vorsicht walten. Vor allem Industriezweige wie der Kraftfahrzeugbau, der Werkzeugmaschinenbau und Hersteller elektronischer Ausrüstungen müssen wahrscheinlich Beschäftigung abbauen. Fachkräftengpässe bleiben trotz Konjunkturschwäche eine große Herausforderung für die deutschen Unternehmen. Weiterhin hat fast jeder zweite Betrieb Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen.

Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Branchen. Besonders die großen Industriebetriebe ab 1.000 Beschäftigte sind in ihrer Beschäftigungsplanung sehr zurückhaltend. Die stabile Binnenkonjunktur lässt das Baugewerbe (Saldo von sechs nach vier Punkten im Herbst 2019) und die Dienstleistungsbranchen (Saldo von fünf nach zuvor drei Punkten) hingegen weiterhin mit einem Beschäftigungsaufbau, und den Handel (Saldo von null Punkten) mit stabiler Beschäftigung rechnen.



Kein Optimismus in der Industrie

Mit Blick auf die Wirtschaftszweige bleiben die deutschen Industrieunternehmen bei ihren Beschäftigungsabsichten unter dem Strich skeptisch. Im Vergleich zum Herbst 2019 verändert sich der Saldo zwar nicht, verharrt aber als einziger der Hauptwirtschaftszweige im negativen Bereich (Saldo von minus zehn Punkten). Gerade in exportorientierten Branchen wie dem Werkzeugmaschinenbau, der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie dem Maschinenbau sehen sich die Unternehmen gezwungen, ihre Pläne merklich zu reduzieren. Der Mix aus weltwirtschaftlichen Unsicherheiten, einer schwachen internationalen Nachfrage nach Investitionsgütern sowie Handelsrisiken und -barrieren macht sich gerade in der international ausgerichteten deutschen Industrie deutlich bemerkbar. Dazu treten die strukturellen Herausforderungen von Digitalisierung, Energie- und Mobilitätswende.

Minusrekord: Fahrzeugbau besonders betroffen

Im Fahrzeugbau müssen die Unternehmen bei ihren Beschäftigungsplänen mit am stärksten auf die Bremse treten. Neben den Auswirkungen der nachlassenden Weltkonjunktur bestimmen auch Standortfaktoren und technologische Herausforderungen die Beschäftigungsperspektiven. Die Beschäftigungsabsichten im Kraftfahrzeugbau fallen auf ein Niveau, das – abgesehen von der Finanzkrise – zuletzt im Jahr 2006 erreicht wurde. Das zeigt sich gerade bei den Herstellern von Kfz-Teilen und -Zubehör. Über die Hälfte der Kfz-Zulieferer rechnet mit einem Beschäftigungsabbau. Hier spielen Anpassungen durch neue Technologien infolge der Digitalisierung und alternativer Antriebstechniken eine große Rolle, weil z. B. elektrische Antriebsstränge weniger Bauteile umfassen, weniger wartungsintensiv sind und ihre Fertigung noch stärker automatisiert werden kann.

Pharma-Standort bleibt stark

Die Unternehmen der Branche hierzulande setzen weiter auf Innovation. Sie wollen überdurchschnittlich in Produktinnovationen, Kapazitätserweiterungen und umweltrelevante Maßnahmen investieren und benötigen Fachkräfte. Dementsprechend positiv fallen die Personalplanungen vor allem in Betrieben der pharmazeutischen Industrie (Saldo von 19 nach 14 Punkten im Herbst 2019), der Medizintechnik (Saldo von 26 nach 15 Punkten) und der Spitzentechnologie Pharma aus. Letztere erreichen sogar einen neuen Höchststand bei den Beschäftigungsabsichten (Saldo von 40 nach zuvor 19 Punkten).

Ge- und Verbrauchsgüterhersteller profitieren von stabiler Binnenkonjunktur

In der deutschen Konsumgüterindustrie sind die Konjunkturerwartungen und damit die Beschäftigungspläne etwas besser als in der Gesamtwirtschaft. Neben dem stabilen Konsum verstärken sich Trends wie eine stärkere Nachfrage nach regionalen Produkten sowie eine Individualisierung des Konsums mit mehr Eigenfertigungen nach Verbraucherverwünschen. Die Ge- und Verbrauchsgüterhersteller wie das Textil- und Ledergewerbe sowie die Möbelindustrie erhöhen ihre Personalplanungen.

Beschäftigungspläne beim Bau weiter im Aufwind

Seit Jahren laufen die Geschäfte im Bau rund. Die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung, das anhaltend niedrige Zinsniveau und die hohe Wohnungsnachfrage gerade in Ballungszentren werden ergänzt durch staatliche Anreize vor allem für mehr Wohnungsbau. Auch der öffentliche Bau legt durch die verbesserte Finanzausstattung und den forcierten Infrastrukturausbau zu. Der Wirtschaftsbau bleibt jedoch angesichts der Industrierezession zurück. Beim Bau insgesamt sehen dennoch die Beschäftigungspläne zuversichtlicher aus als im Herbst 2019. Mehr als drei Viertel der Unternehmen rechnen demzufolge mit einer stabilen Beschäftigung, 15 Prozent will angesichts der hohen Nachfrage nach Bauleistungen zusätzliche Beschäftigung aufbauen. Im Vorjahresvergleich ist der Saldo allerdings um fünf Punkte niedriger. Im Baubereich ist der Fachkräftengpass weiterhin deutlich spürbar und steht einem stärkeren Personalaufbau im Wege. Der Fachkräftemangel ist für drei Viertel der Bauunternehmen das entscheidende Risiko.

Unternehmensnahe Dienstleister unter dem Eindruck der Industrierezession

Insgesamt verbessern sich die Beschäftigungsabsichten der Dienstleister im Vergleich zum Herbst 2019 etwas. Der Beschäftigungsrückgang bei den unternehmensnahen Dienstleistern im Zuge der Industrierezession verlangsamt sich in der Breite. Das trifft unter anderem die Vermietung von Gebrauchs- und von Investitionsgütern, den Straßengüterverkehr und Verkehrsdienstleister. Ausnahme sind Dienstleistungen rund um Kommunikation und Digitalisierung. Die Nachfrage nach IT-Experten in der Informationswirtschaft, bei IT-Dienstleistern und in der Programmierung steigt nach einer leichten Abschwächung zum Jahresende 2019 für 2020 an. Aber auch die Medienwirtschaft und die Telekommunikationsunternehmen planen mit steigenden Personalbudgets. Ob diese Planungen sich erfüllen können, hängt auch davon ab, wie die Branche mit dem Fachkräftemangel, der über dem Schnitt der unternehmensnahen Dienstleister liegt, und damit verbundenen steigenden Arbeitskosten als den beherrschenden Risiken umgeht.

Personenbezogenen Dienstleistungen fehlen die Fachkräfte

Die personenbezogenen Dienstleistungen profitieren bis auf eine Ausnahme von der stabilen Binnennachfrage, der hohen Erwerbstätigkeit und den Steigerungen bei den verfügbaren Einkommen. Die Beschäftigungsabsichten reduzieren sich nur geringfügig (Saldo von elf nach zwölf in der Vorumfrage). Ausnahme ist das Gastgewerbe. Sowohl die Gastronomie (Saldorückgang von 5 Punkten) als auch Hotels und Pensionen reduzieren ihre Beschäftigungspläne erneut. Der Fachkräfteengpass ist hier besonders ausgeprägt und für fast drei Viertel der Unternehmen das größte Risiko. Dazu treten hohe Bürokratiekosten. Hier verursachen Dokumentationspflichten einen hohen Erfüllungsaufwand.

Angesichts der Herausforderung Fachkräfteengpass bleibt der Bereich Gesundheit und Soziale Dienste erstaunlich optimistisch. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der steigenden Nachfrage nach diesen Dienstleistungen ist die Personalnachfrage in diesen Branchen weiterhin hoch. In keiner anderen Branche hat das Risiko fehlender Fachkräfte aber mittlerweile eine so große Bedeutung. Für fünf von sechs Unternehmen der Branche ist das Risiko, keine Fachkräfte zu finden, der alles bestimmende Engpass.

Beschäftigungsaussichten im Finanzsektor durchwachsen

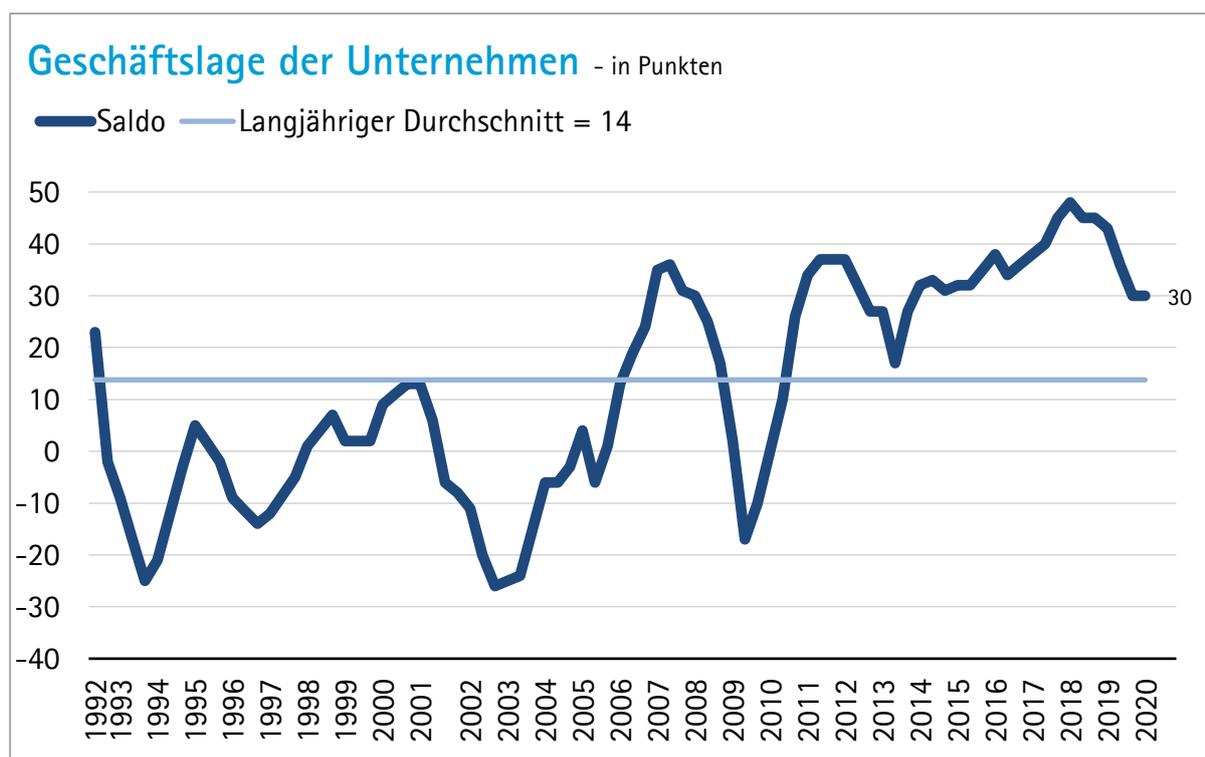
Die Beschäftigungsplanungen im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verschlechtern sich nochmals. Im Kreditgewerbe sind die Pläne weiterhin rückläufig (Saldo von minus 48 nach minus 44 Punkten in der Vorumfrage). Das gilt für alle Säulen der Kreditwirtschaft. Der mehrjährige Personalabbau scheint noch nicht zu enden. Die Herausforderungen aus Regulierung und Digitalisierung setzen der Branche weiterhin zu.

Großunternehmen halten sich zurück

Die Beschäftigungsabsichten sind über die Größen hinweg sehr unterschiedlich. Bei den kleinen und mittleren Unternehmen ist der Anteil der Betriebe, die ihre Beschäftigung konstant halten, weiterhin deutlich höher als bei den größeren Mittelständlern und den Großbetrieben. Bei Letzteren ist dagegen die Dynamik von Personalaufbau und Personalabbau größer. Vor allem die großen Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten nehmen nochmals Abstriche bei ihren Einstellungsplänen vor (Saldo von minus zehn zu minus sieben im Herbst 2019). Auch die Unternehmen zwischen 200 und 999 sind weiterhin sehr zurückhaltend. Optimistischere Personalplanungen hingegen verfolgen die kleinen Unternehmen bis 19 Beschäftigte (drei nach einem Punkt). Auch die mittelständischen Betriebe mit 20 bis 199 Beschäftigten (einer nach zwei Punkten) sind verhalten, aber insgesamt bleibt bei den KMU der Saldo positiv. Der Anteil, der den Personalstamm konstant halten möchte, ist mit sieben von zehn Betrieben bei den KMU besonders hoch (70 Prozent). Hier tritt die Binnenorientierung der Unternehmen hervor.

Zeitreihen der DIHK-Umfragen

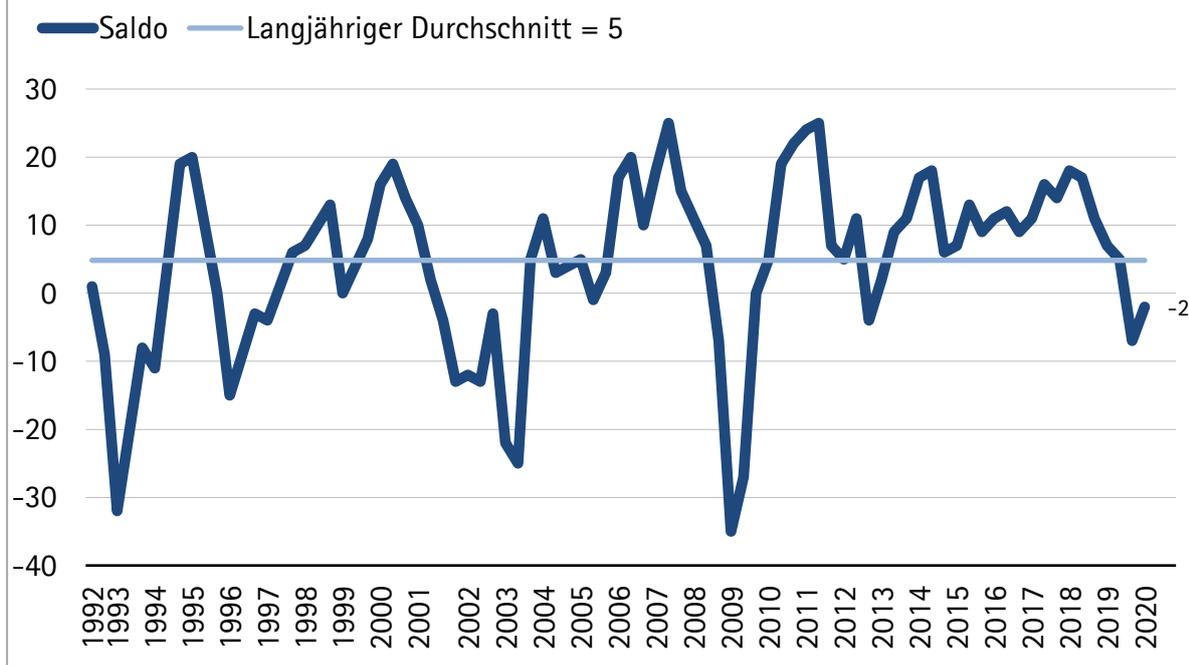
Geschäftslage; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten												
	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	gut	befriedigend	schlecht	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Jahresbeginn 2014	41	50	9	32	31	41	22	35	27	31	35	37
Frühsommer 2014	42	49	9	33	35	37	27	34	26	32	40	43
Herbst 2014	40	51	9	31	28	39	18	35	26	29	34	38
Jahresbeginn 2015	41	50	9	32	30	34	18	37	26	31	37	37
Frühsommer 2015	41	50	9	32	32	35	23	34	25	30	37	42
Herbst 2015	44	47	9	35	30	43	24	40	31	35	37	36
Jahresbeginn 2016	46	46	8	38	34	41	28	42	33	37	40	44
Frühsommer 2016	43	48	9	34	31	41	27	37	29	33	40	38
Herbst 2016	44	48	8	36	32	54	26	39	33	36	36	41
Jahresbeginn 2017	46	46	8	38	36	52	28	40	33	37	41	43
Frühsommer 2017	48	44	8	40	44	56	28	39	32	38	48	47
Herbst 2017	51	43	6	45	48	64	31	45	39	49	51	48
Jahresbeginn 2018	54	40	6	48	54	62	35	47	41	53	55	53
Frühsommer 2018	51	43	6	45	52	62	30	44	38	50	52	53
Herbst 2018	52	41	7	45	47	70	30	46	40	51	47	47
Jahresbeginn 2019	50	43	7	43	43	66	31	45	39	49	44	42
Frühsommer 2019	45	46	9	36	34	62	27	37	33	41	37	32
Herbst 2019	41	48	11	30	16	63	22	35	31	32	23	17
Jahresbeginn 2020	42	46	12	30	16	59	23	36	30	33	26	23



Geschäftserwartungen; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	besser	gleich bleibend	schlechter	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Jahresbeginn 2014	28	61	11	17	24	7	15	16	13	20	23	22
Frühsommer 2014	29	60	11	18	22	13	18	16	12	21	22	24
Herbst 2014	21	64	15	6	7	-2	3	7	4	8	7	9
Jahresbeginn 2015	22	63	15	7	11	-1	4	7	5	9	9	10
Frühsommer 2015	26	61	13	13	17	13	11	12	10	17	13	17
Herbst 2015	23	63	14	9	12	1	9	9	6	12	9	11
Jahresbeginn 2016	24	63	13	11	16	6	9	10	8	14	11	10
Frühsommer 2016	25	62	13	12	15	16	12	11	10	15	12	14
Herbst 2016	22	65	13	9	13	5	7	8	7	12	6	11
Jahresbeginn 2017	24	63	13	11	17	11	8	10	9	14	12	13
Frühsommer 2017	27	62	11	16	21	18	13	14	14	20	15	14
Herbst 2017	25	64	11	14	18	8	12	12	10	17	17	12
Jahresbeginn 2018	27	64	9	18	24	15	12	16	13	21	21	22
Frühsommer 2018	26	65	9	17	20	19	10	17	14	20	16	19
Herbst 2018	22	67	11	11	12	9	7	11	9	12	11	13
Jahresbeginn 2019	22	63	15	7	6	8	2	8	5	9	6	9
Frühsommer 2019	21	63	16	5	1	11	3	7	5	7	3	2
Herbst 2019	16	61	23	-7	-15	-4	-7	-3	-4	-8	-14	-12
Jahresbeginn 2020	18	62	20	-2	-5	-3	-5	0	-2	-2	-4	0

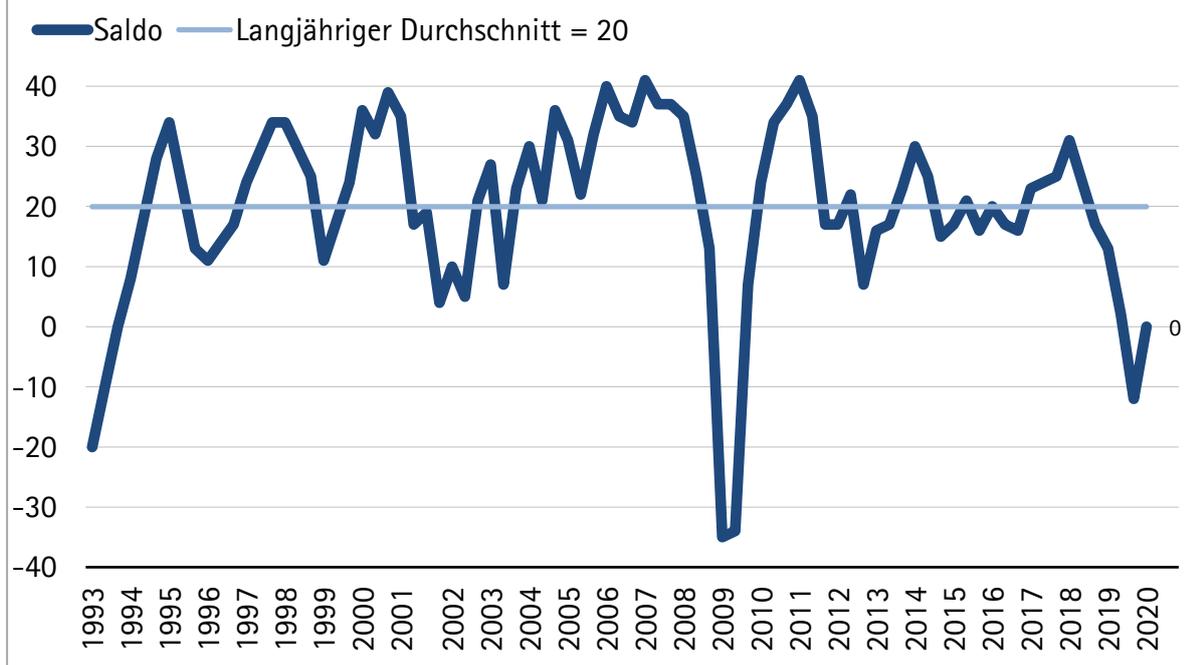
Geschäftserwartungen der Unternehmen - in Punkten



Exportorerwartungen der Industrie; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Hauptgruppen			nach Unternehmensgrößenklassen			
	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo Deutschland	Saldo Vorleistungsgüterproduzenten	Saldo Investitionsgüterproduzenten	Saldo Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Jahresbeginn 2014	37	56	7	30	30	32	29	16	27	40	40
Frühsommer 2014	34	57	9	25	24	27	27	11	21	36	33
Herbst 2014	30	55	15	15	12	15	22	2	9	25	28
Jahresbeginn 2015	30	57	13	17	16	19	18	3	14	26	32
Frühsommer 2015	31	59	10	21	20	23	20	8	17	28	37
Herbst 2015	30	56	14	16	14	17	21	7	12	22	32
Jahresbeginn 2016	32	56	12	20	19	21	24	7	16	30	37
Frühsommer 2016	29	59	12	17	15	18	23	6	13	24	35
Herbst 2016	29	58	13	16	13	18	19	3	14	21	29
Jahresbeginn 2017	34	55	11	23	21	26	24	8	18	33	42
Frühsommer 2017	33	58	9	24	22	28	21	12	19	36	34
Herbst 2017	34	57	9	25	24	28	25	9	20	40	34
Jahresbeginn 2018	38	55	7	31	31	34	29	19	26	44	44
Frühsommer 2018	33	58	9	24	21	30	21	5	21	34	43
Herbst 2018	30	57	13	17	13	22	19	2	15	26	29
Jahresbeginn 2019	28	57	15	13	9	18	17	5	9	22	25
Frühsommer 2019	24	54	22	2	-5	5	15	-5	0	4	18
Herbst 2019	19	50	31	-12	-17	-13	5	-14	-15	-6	-7
Jahresbeginn 2020	23	54	23	0	-3	-3	13	-8	-4	6	13

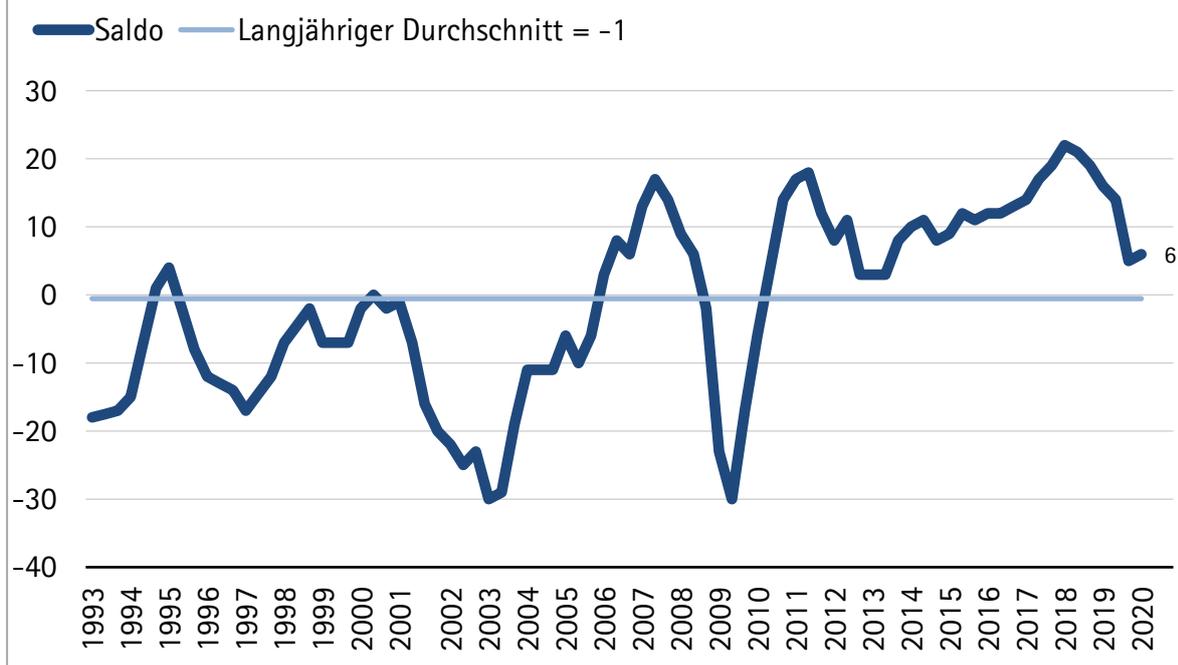
Exportorerwartungen der Industrieunternehmen - in Punkten



Investitionsabsichten; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Jahresbeginn 2014	26	58	16	10	12	0	7	10	5	12	14	15
Frühsommer 2014	27	57	16	11	13	4	8	11	5	13	14	19
Herbst 2014	25	58	17	8	9	-1	5	10	2	10	11	19
Jahresbeginn 2015	26	57	17	9	11	-1	4	11	3	11	13	22
Frühsommer 2015	27	58	15	12	13	3	7	14	6	15	16	23
Herbst 2015	26	59	15	11	11	0	9	13	6	15	15	15
Jahresbeginn 2016	27	58	15	12	12	4	10	13	6	15	17	18
Frühsommer 2016	27	58	15	12	13	8	9	13	6	15	18	22
Herbst 2016	28	57	15	13	12	5	10	14	8	16	15	15
Jahresbeginn 2017	29	56	15	14	14	9	10	16	8	18	17	18
Frühsommer 2017	31	55	14	17	21	14	13	16	10	22	22	24
Herbst 2017	32	55	13	19	24	11	14	19	12	22	26	31
Jahresbeginn 2018	34	54	12	22	27	15	17	21	14	25	30	32
Frühsommer 2018	34	53	13	21	26	18	16	21	14	25	29	32
Herbst 2018	32	55	13	19	22	16	14	20	13	24	26	27
Jahresbeginn 2019	31	54	15	16	16	14	11	17	10	18	21	23
Frühsommer 2019	31	52	17	14	10	17	10	16	9	17	17	16
Herbst 2019	26	53	21	5	-4	5	4	10	4	7	3	1
Jahresbeginn 2020	27	52	21	6	-1	6	5	10	3	8	8	11

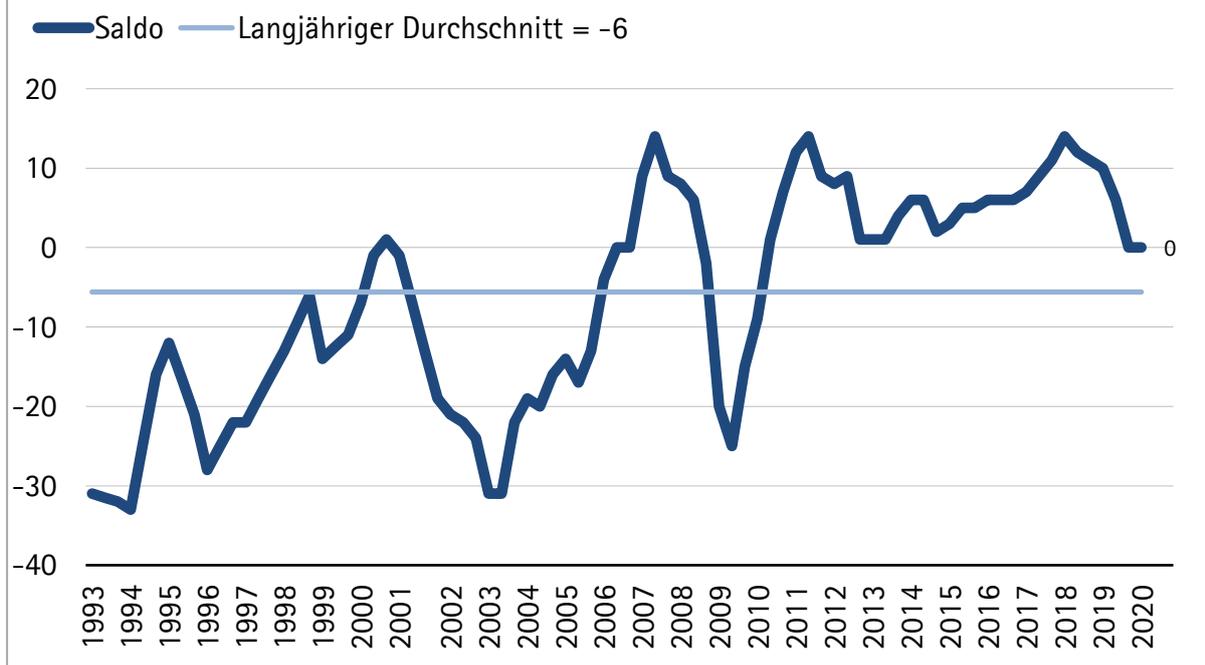
Investitionsabsichten der Unternehmen - in Punkten



Beschäftigungsabsichten; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Jahresbeginn 2014	17	72	11	6	5	3	3	7	4	9	3	1
Frühsommer 2014	17	72	11	6	5	1	5	8	4	10	6	-1
Herbst 2014	15	72	13	2	0	-3	-1	5	1	5	1	-3
Jahresbeginn 2015	17	69	14	3	2	-2	-1	5	2	5	1	-6
Frühsommer 2015	17	71	12	5	3	3	3	6	3	9	3	-7
Herbst 2015	17	71	12	5	2	1	3	7	4	8	4	-4
Jahresbeginn 2016	18	70	12	6	4	4	4	7	5	10	1	-8
Frühsommer 2016	18	70	12	6	4	9	5	8	6	10	1	-6
Herbst 2016	19	68	13	6	5	5	5	6	5	9	1	-5
Jahresbeginn 2017	20	67	13	7	7	9	6	7	6	11	0	-2
Frühsommer 2017	21	67	12	9	12	13	7	8	7	15	7	-1
Herbst 2017	22	67	11	11	16	10	9	9	8	15	10	6
Jahresbeginn 2018	25	64	11	14	21	14	10	12	10	20	14	11
Frühsommer 2018	23	66	11	12	17	15	9	11	8	19	12	5
Herbst 2018	22	67	11	11	15	12	8	9	7	16	8	5
Jahresbeginn 2019	22	66	12	10	10	11	7	11	8	14	6	5
Frühsommer 2019	19	68	13	6	2	11	6	8	5	11	-5	-1
Herbst 2019	17	66	17	0	-10	4	1	3	1	2	-13	-7
Jahresbeginn 2020	17	66	17	0	-10	6	0	5	3	1	-8	-10

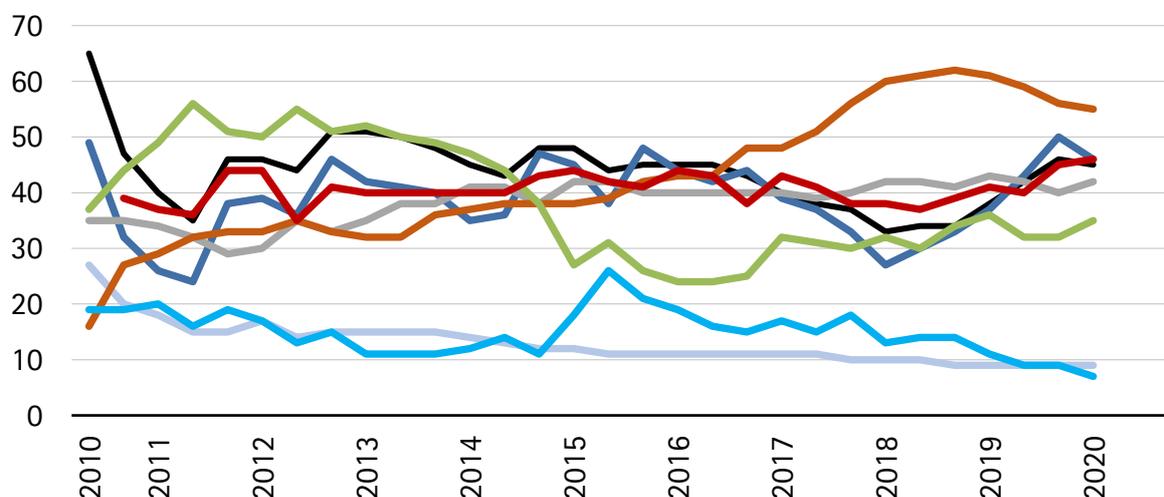
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen - in Punkten



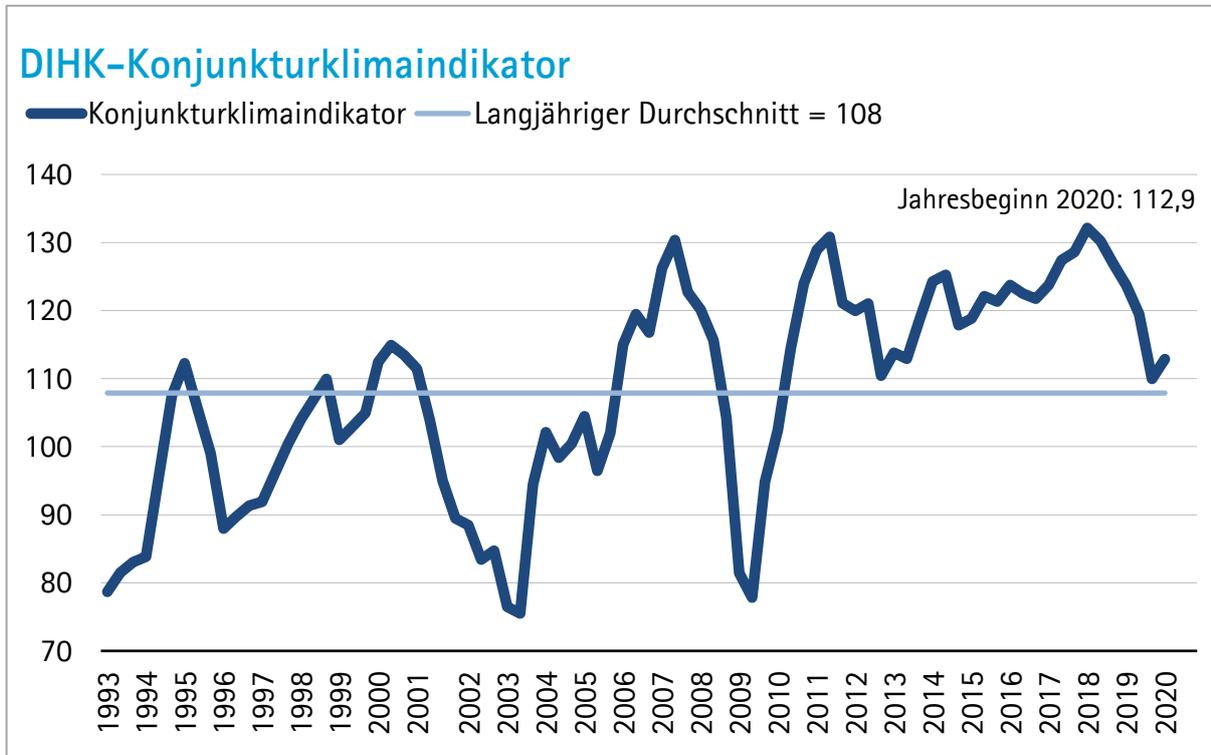
Geschäftsrisiken und Investitionsmotive; in Prozent *exportierende Industrieunternehmen

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Jahresbeginn 2014	45	35	14	41	37	12	47	40	31	29	27	13	66
Frühsummer 2014	43	36	13	41	38	14	44	40	30	28	27	12	66
Herbst 2014	48	47	12	38	38	11	38	43	31	30	26	13	66
Jahresbeginn 2015	48	45	12	42	38	18	27	44	31	30	26	14	66
Frühsummer 2015	44	38	11	42	39	26	31	42	31	30	26	13	66
Herbst 2015	45	48	11	40	42	21	26	41	32	31	27	14	65
Jahresbeginn 2016	45	44	11	40	43	19	24	44	32	31	27	14	66
Frühsummer 2016	45	42	11	40	43	16	24	43	31	31	27	14	66
Herbst 2016	43	44	11	40	48	15	25	38	32	32	28	14	65
Jahresbeginn 2017	40	39	11	40	48	17	32	43	33	33	30	15	67
Frühsummer 2017	38	37	11	39	51	15	31	41	31	32	30	14	66
Herbst 2017	37	33	10	40	56	18	30	38	32	33	32	15	64
Jahresbeginn 2018	33	27	10	42	60	13	32	38	31	33	33	14	65
Frühsummer 2018	34	30	10	42	61	14	30	37	31	32	32	14	64
Herbst 2018	34	33	9	41	62	14	34	39	32	32	32	15	64
Jahresbeginn 2019	38	37	9	43	61	11	36	41	32	32	31	16	65
Frühsummer 2019	42	43	9	42	59	9	32	40	31	33	30	16	64
Herbst 2019	46	50	9	40	56	9	32	45	32	32	26	19	65
Jahresbeginn 2020	45	46	9	42	55	7	35	46	32	33	26	20	65

Geschäftsrisiken - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



DIHK-Konjunkturklimaindikator

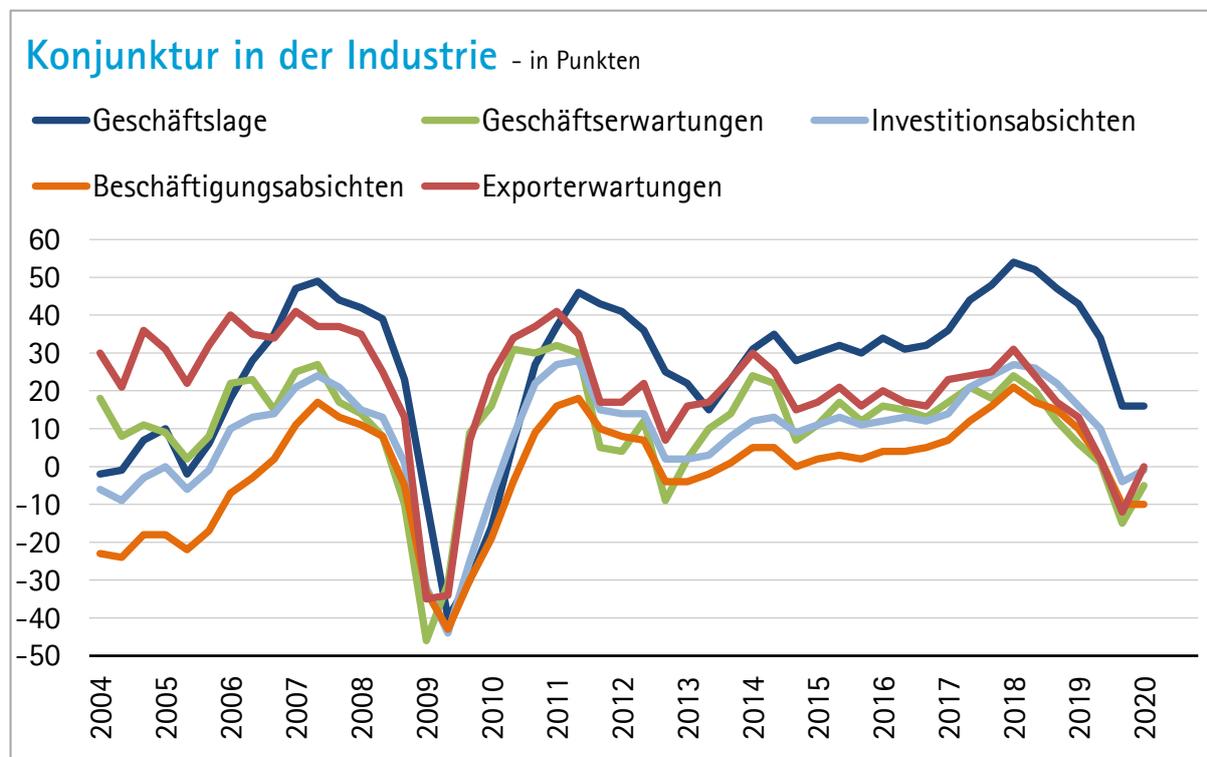


DIHK-Konjunkturklimaindikator

(geometrisches Mittel aus Geschäftslage und Geschäftserwartungen)

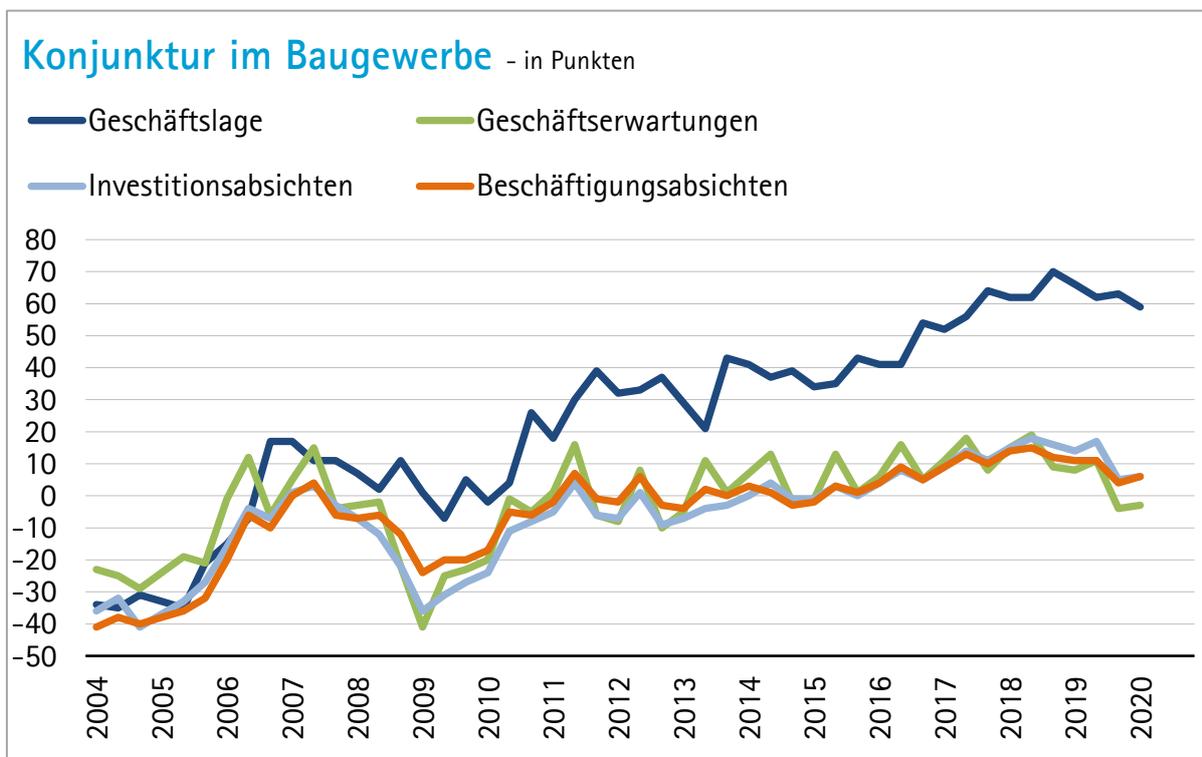
	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	Gesamt
Jahresbeginn 2018	138,2	136,5	123,0	130,6	132,2
Frühsommer 2018	135,1	138,8	119,6	129,8	130,2
Herbst 2018	128,3	136,1	117,9	127,3	126,9
Jahresbeginn 2019	123,1	133,9	115,6	125,1	123,7
Frühsommer 2019	116,3	134,1	114,4	121,1	119,5
Herbst 2019	99,3	125,1	106,5	114,4	110,0
Jahresbeginn 2020	105,0	124,2	108,1	116,6	112,9

Konjunktur in den Wirtschaftszweigen



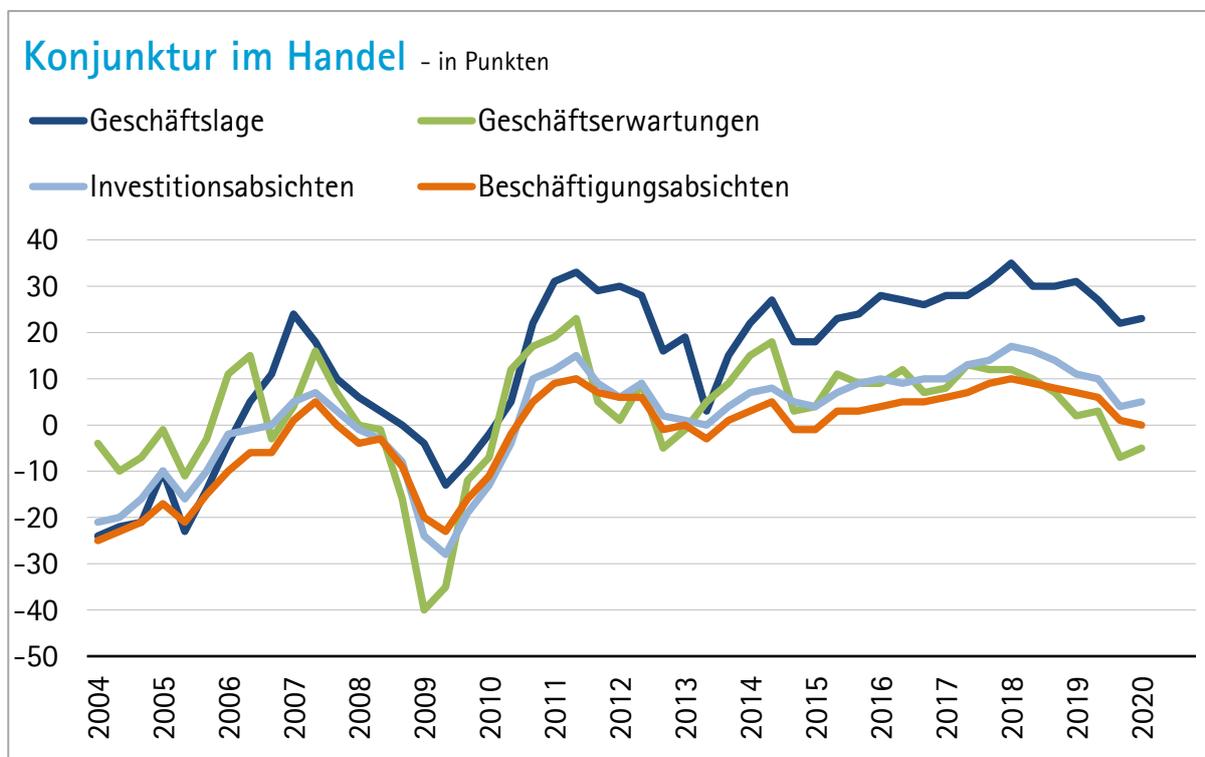
Geschäftsrisiken der Industrie (in Prozent *Export-Industrie)

	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Jahresbeginn 2018	34	27	8	44	60	13	50	34
Frühsommer 2018	34	30	8	44	60	14	47	36
Herbst 2018	37	33	8	42	61	14	50	39
Jahresbeginn 2019	44	37	8	44	58	11	51	42
Frühsommer 2019	49	43	8	43	55	9	46	40
Herbst 2019	57	50	7	39	48	9	44	47
Jahresbeginn 2020	57	46	8	42	46	7	47	48



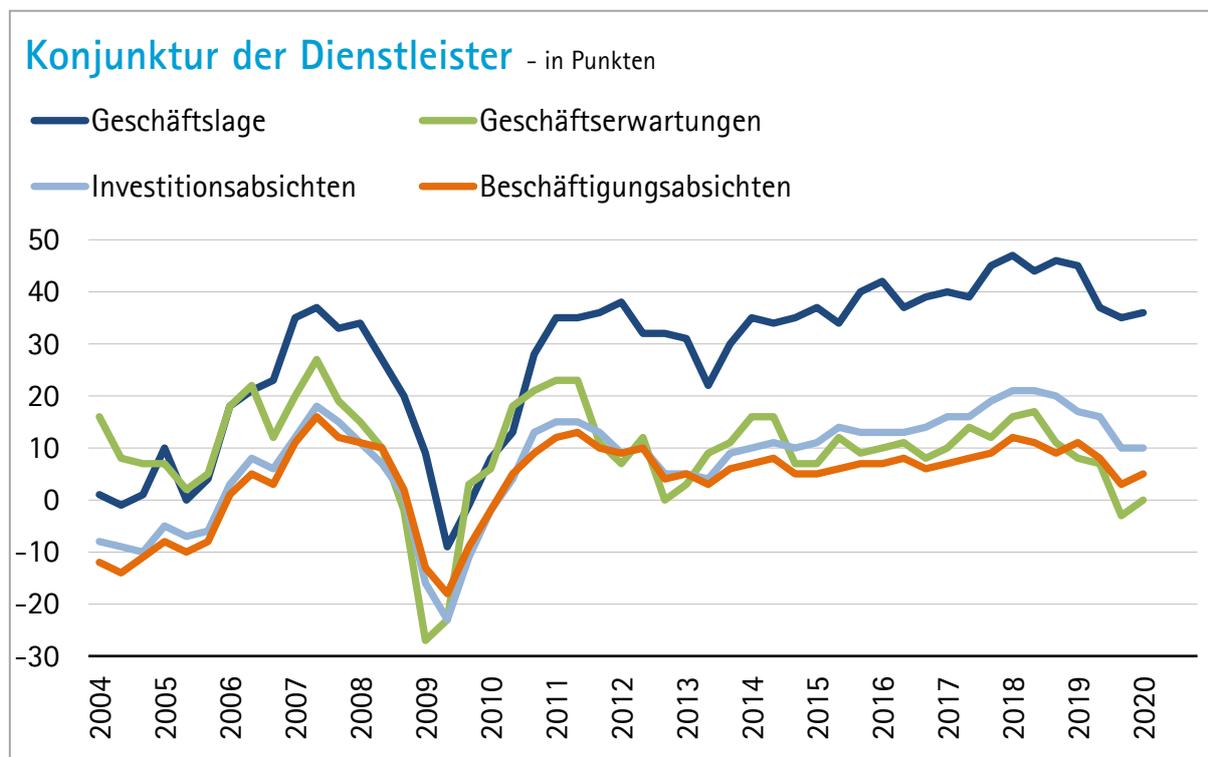
Geschäftsrisiken im Baugewerbe (in Prozent)

	Inlandsnachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Jahresbeginn 2018	23	10	48	79	36	29
Frühsommer 2018	21	11	47	82	34	26
Herbst 2018	22	9	48	82	42	27
Jahresbeginn 2019	25	9	49	81	45	27
Frühsommer 2019	27	8	48	79	40	29
Herbst 2019	32	8	48	79	41	35
Jahresbeginn 2020	33	7	46	77	45	35



Geschäftsrisiken im Handel (in Prozent)

	Inlandsnachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Jahresbeginn 2018	46	9	39	52	31	37
Frühsommer 2018	48	9	38	54	28	35
Herbst 2018	46	8	38	54	32	37
Jahresbeginn 2019	50	7	39	54	33	41
Frühsommer 2019	52	9	40	52	29	39
Herbst 2019	56	8	39	50	30	44
Jahresbeginn 2020	55	8	39	49	35	44



Geschäftsrisiken der Dienstleister (in Prozent)

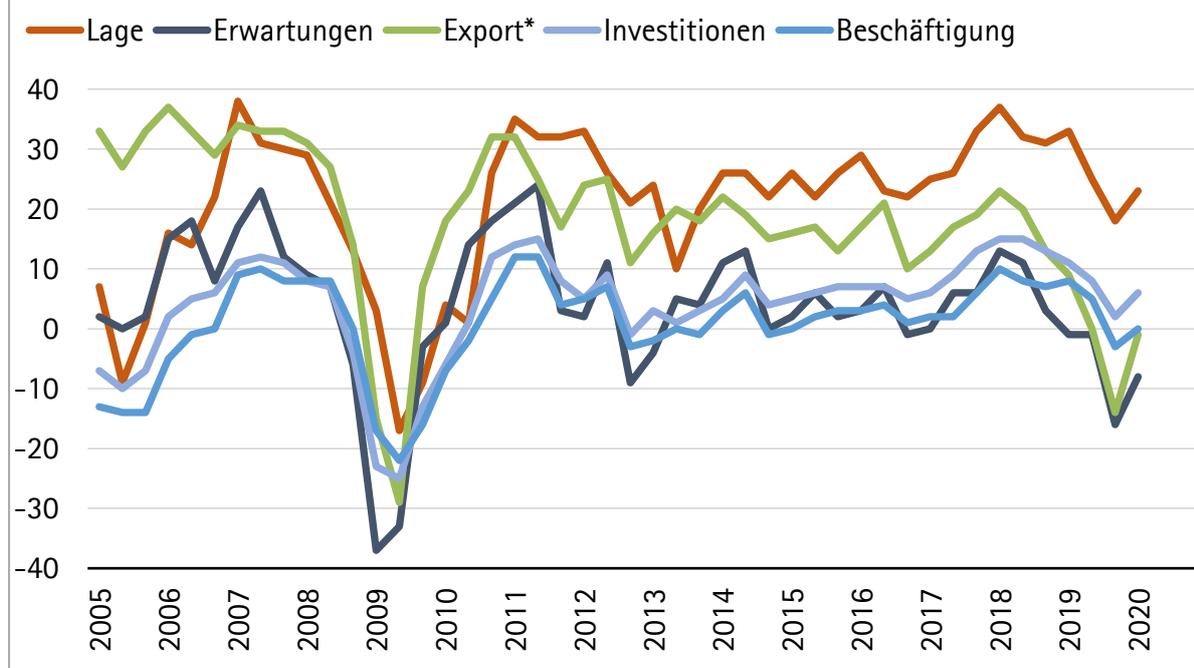
	Inlandsnachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Jahresbeginn 2018	30	11	42	60	23	41
Frühsommer 2018	31	11	42	61	22	40
Herbst 2018	30	10	41	63	26	40
Jahresbeginn 2019	34	10	43	63	28	42
Frühsommer 2019	37	10	42	62	25	42
Herbst 2019	40	10	41	59	25	46
Jahresbeginn 2020	38	9	42	58	29	46

Konjunktur im Norden

Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein; Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exportwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Norden	DE	Norden	DE	Norden	DE	Norden	DE	Norden	DE
Frühsommer 2013	10	17	5	9	20	17	1	3	0	1
Herbst 2013	20	27	4	11	18	23	3	8	-1	4
Jahresbeginn 2014	26	32	11	17	22	30	5	10	3	6
Frühsommer 2014	26	33	13	18	19	25	9	11	6	6
Herbst 2014	22	31	0	6	15	15	4	8	-1	2
Jahresbeginn 2015	26	32	2	7	16	17	5	9	0	3
Frühsommer 2015	22	32	6	13	17	21	6	12	2	5
Herbst 2015	26	35	2	9	13	16	7	11	3	5
Jahresbeginn 2016	29	38	3	11	17	20	7	12	3	6
Frühsommer 2016	23	34	7	12	21	17	7	12	4	6
Herbst 2016	22	36	-1	9	10	16	5	13	1	6
Jahresbeginn 2017	25	38	0	11	13	23	6	14	2	7
Frühsommer 2017	26	40	6	16	17	24	9	17	2	9
Herbst 2017	33	45	6	14	19	25	13	19	6	11
Jahresbeginn 2018	37	48	13	18	23	31	15	22	10	14
Frühsommer 2018	32	45	11	17	20	24	15	21	8	12
Herbst 2018	31	45	3	11	13	17	13	19	7	11
Jahresbeginn 2019	33	43	-1	7	9	13	11	16	8	10
Frühsommer 2019	25	36	-1	5	0	2	8	14	5	6
Herbst 2019	18	30	-16	-7	-14	-12	2	5	-3	0
Jahresbeginn 2020	23	30	-8	-2	-1	0	6	6	0	0

Konjunktur im Norden - in Punkten; *Industrieunternehmen

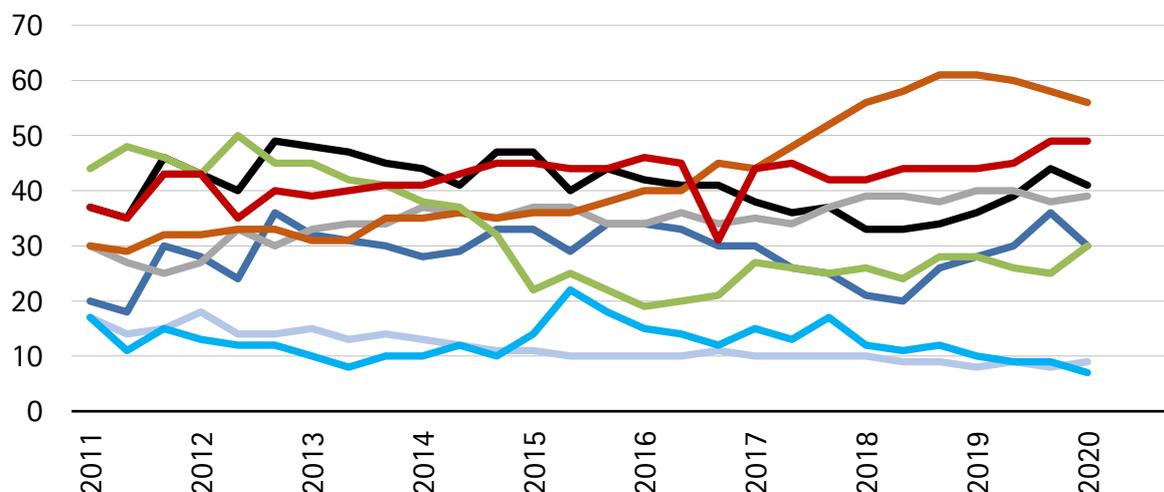


**Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein;
in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen**

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätserweiterung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Frühsommer 2015	40	29	10	37	36	22	25	44	30	28	23	8	62
Herbst 2015	44	34	10	34	38	18	22	44	31	29	24	9	62
Jahresbeginn 2016	42	34	10	34	40	15	19	46	31	29	25	9	61
Frühsommer 2016	41	33	10	36	40	14	20	45	30	29	25	9	62
Herbst 2016	41	30	11	34	45	12	21	31	29	29	25	8	62
Jahresbeginn 2017	38	30	10	35	44	15	27	44	32	28	24	9	65
Frühsommer 2017	36	26	10	34	48	13	26	45	30	28	26	8	63
Herbst 2017	37	25	10	37	52	17	25	42	29	30	29	9	59
Jahresbeginn 2018	33	21	10	39	56	12	26	42	30	31	30	10	62
Frühsommer 2018	33	20	9	39	58	11	24	44	30	31	28	10	61
Herbst 2018	34	26	9	38	61	12	28	44	30	30	30	10	59
Jahresbeginn 2019	36	28	8	40	61	10	28	44	30	30	32	12	61
Frühsommer 2019	39	30	9	40	60	9	26	45	29	31	30	13	59
Herbst 2018	44	36	8	38	58	9	25	49	30	32	25	16	60
Jahresbeginn 2020	41	30	9	39	56	7	30	49	30	33	26	15	60

Risiken im Norden - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen

— Inlandsnachfrage
 — Auslandsnachfrage*
 — Finanzierung
 — Arbeitskosten
 — Fachkräftemangel
 — Wechselkurs*
 — Energie- und Rohstoffpreise
 — Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen



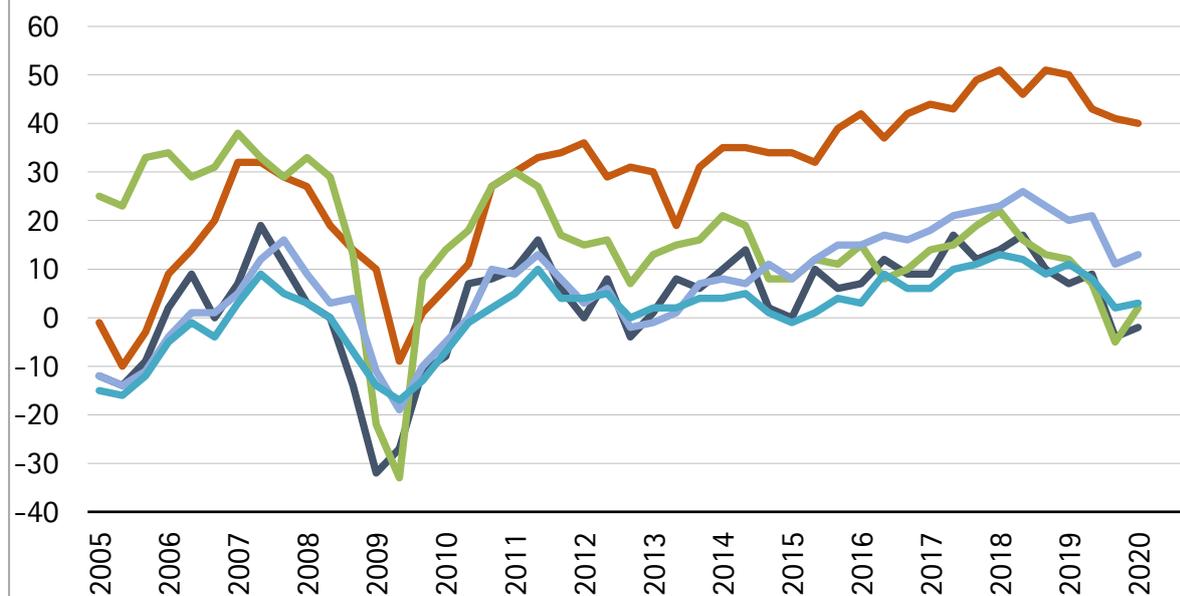
Konjunktur im Osten

Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen;
Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exportwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Osten	DE	Osten	DE	Osten	DE	Osten	DE	Osten	DE
Frühsommer 2013	19	17	8	9	15	17	1	3	2	1
Herbst 2013	31	27	6	11	16	23	7	8	4	4
Jahresbeginn 2014	35	32	10	17	21	30	8	10	4	6
Frühsommer 2014	35	33	14	18	19	25	7	11	5	6
Herbst 2014	34	31	2	6	8	15	11	8	1	2
Jahresbeginn 2015	34	32	0	7	8	17	8	9	-1	3
Frühsommer 2015	32	32	10	13	12	21	12	12	1	5
Herbst 2015	39	35	6	9	11	16	15	11	4	5
Jahresbeginn 2016	42	38	7	11	15	20	15	12	3	6
Frühsommer 2016	37	34	12	12	8	17	17	12	9	6
Herbst 2016	42	36	9	9	10	16	16	13	6	6
Jahresbeginn 2017	44	38	9	11	14	23	18	14	6	7
Frühsommer 2017	43	40	17	16	15	24	21	17	10	9
Herbst 2017	49	45	12	14	19	25	22	19	11	11
Jahresbeginn 2018	51	48	14	18	22	31	23	22	13	14
Frühsommer 2018	46	45	17	17	16	24	26	21	12	12
Herbst 2018	51	45	10	11	13	17	23	19	9	11
Jahresbeginn 2019	50	43	7	7	12	13	20	16	11	10
Frühsommer 2019	43	36	9	5	7	2	21	14	8	6
Herbst 2019	41	30	-4	-7	-5	-12	11	5	2	0
Jahresbeginn 2020	40	30	-2	-2	2	0	13	6	3	0

Konjunktur im Osten - in Punkten; *Industrieunternehmen

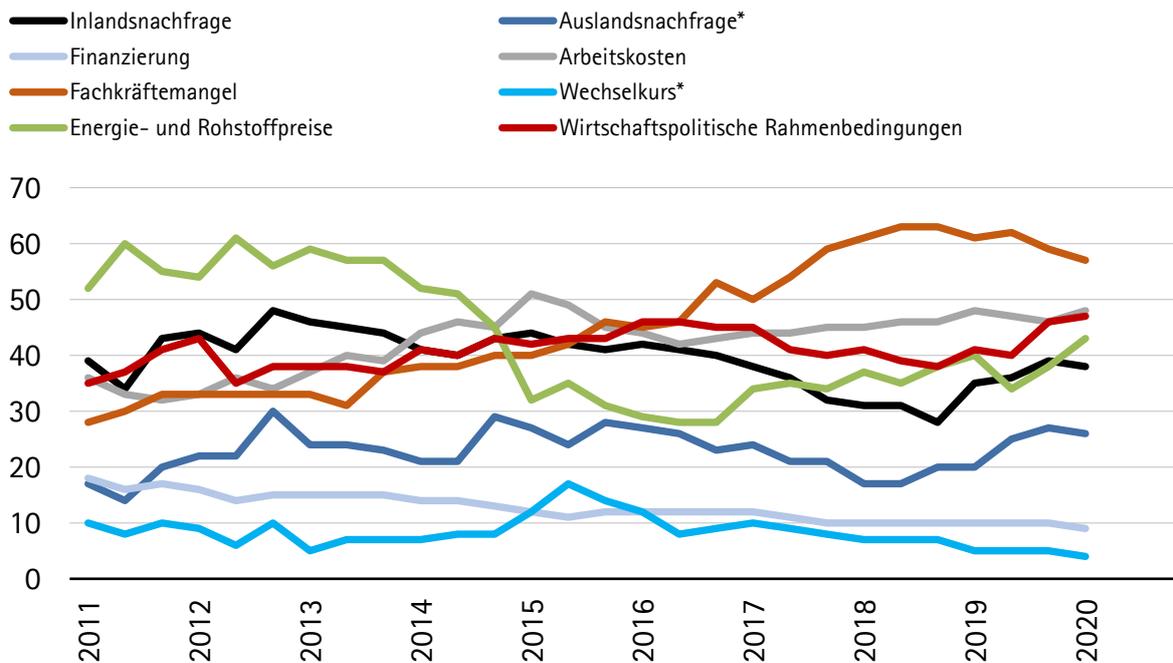
— Lage — Erwartungen — Export* — Investitionen — Beschäftigung



**Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen;
in Prozent; Mehrfachnennungen möglich *Industrieunternehmen**

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätserweiterung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Frühsommer 2015	42	24	11	49	42	17	35	43	26	26	24	11	70
Herbst 2015	41	28	12	45	46	14	31	43	27	28	27	11	70
Jahresbeginn 2016	42	27	12	44	45	12	29	46	28	27	27	11	70
Frühsommer 2016	41	26	12	42	46	8	28	46	26	28	29	11	70
Herbst 2016	40	23	12	43	53	9	28	45	26	29	29	11	70
Jahresbeginn 2017	38	24	12	44	50	10	34	45	32	35	35	18	73
Frühsommer 2017	36	21	11	44	54	9	35	41	26	30	30	11	67
Herbst 2017	32	21	10	45	59	8	34	40	26	30	31	11	70
Jahresbeginn 2018	31	17	10	45	61	7	37	41	27	30	33	11	69
Frühsommer 2018	31	17	10	46	63	7	35	39	27	31	34	13	65
Herbst 2018	28	20	10	46	63	7	38	38	27	29	32	11	68
Jahresbeginn 2019	35	20	10	48	61	5	40	41	29	31	31	13	69
Frühsommer 2019	36	25	10	47	62	5	34	40	26	29	32	13	69
Herbst 2019	39	27	10	46	59	5	38	46	29	29	27	16	69
Jahresbeginn 2020	38	26	9	48	57	4	43	47	30	30	28	16	69

Risiken im Osten - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen



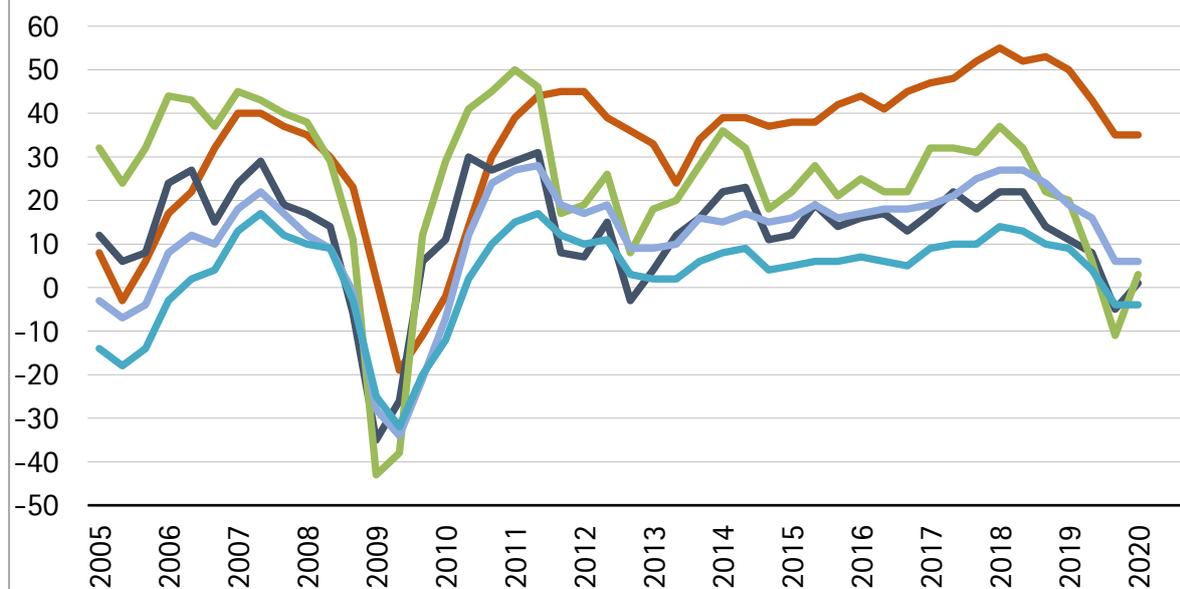
Konjunktur im Süden

Baden-Württemberg, Bayern; Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exportwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Süden	DE	Süden	DE	Süden	DE	Süden	DE	Süden	DE
Frühsommer 2013	24	17	12	9	20	17	10	3	2	1
Herbst 2013	34	27	16	11	28	23	16	8	6	4
Jahresbeginn 2014	39	32	22	17	36	30	15	10	8	6
Frühsommer 2014	39	33	23	18	32	25	17	11	9	6
Herbst 2014	37	31	11	6	18	15	15	8	4	2
Jahresbeginn 2015	38	32	12	7	22	17	16	9	5	3
Frühsommer 2015	38	32	19	13	28	21	19	12	6	5
Herbst 2015	42	35	14	9	21	16	16	11	6	5
Jahresbeginn 2016	44	38	16	11	25	20	17	12	7	6
Frühsommer 2016	41	34	17	12	22	17	18	12	6	6
Herbst 2016	45	36	13	9	22	16	18	13	5	6
Jahresbeginn 2017	47	38	17	11	32	23	19	14	9	7
Frühsommer 2017	48	40	22	16	32	24	21	17	10	9
Herbst 2017	52	45	18	14	31	25	25	19	10	11
Jahresbeginn 2018	55	48	22	18	37	31	27	22	14	14
Frühsommer 2018	52	45	22	17	32	24	27	21	13	12
Herbst 2018	53	45	14	11	22	17	24	19	10	11
Jahresbeginn 2019	50	43	11	7	20	13	19	16	9	10
Frühsommer 2019	43	36	8	5	6	2	16	14	4	6
Herbst 2019	35	30	-5	-7	-11	-12	6	5	-4	0
Jahresbeginn 2020	35	30	1	-2	3	0	6	6	-4	0

Konjunktur im Süden - in Punkten; *Industrieunternehmen

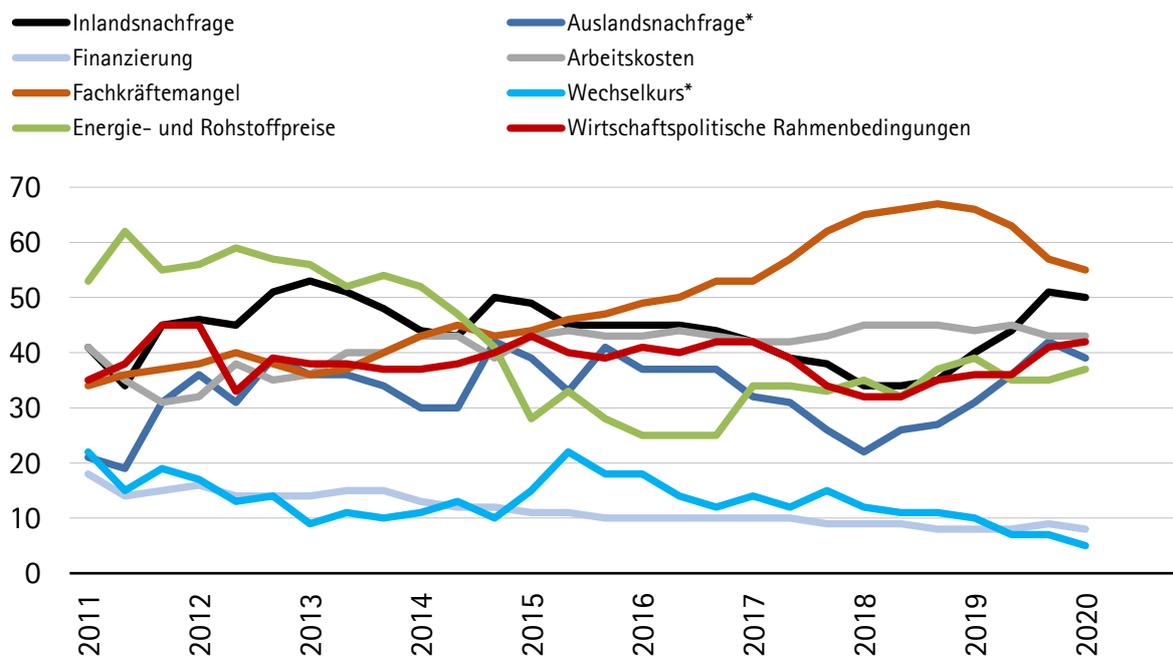
— Lage — Erwartungen — Export* — Investitionen — Beschäftigung



Baden-Württemberg, Bayern; in Prozent; Mehrfachnennungen möglich *Industrieunternehmen

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätserweiterung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Frühsommer 2015	45	33	11	44	46	22	33	40	33	34	27	22	69
Herbst 2015	45	41	10	43	47	18	28	39	34	35	26	23	68
Jahresbeginn 2016	45	37	10	43	49	18	25	41	34	34	27	22	69
Frühsommer 2016	45	37	10	44	50	14	25	40	33	34	26	22	68
Herbst 2016	44	37	10	43	53	12	25	42	34	35	28	22	69
Jahresbeginn 2017	42	32	10	42	53	14	34	42	34	35	29	21	69
Frühsommer 2017	39	31	10	42	57	12	34	39	34	35	30	22	69
Herbst 2017	38	26	9	43	62	15	33	34	35	36	31	23	67
Jahresbeginn 2018	34	22	9	45	65	12	35	32	34	35	34	22	67
Frühsommer 2018	34	26	9	45	66	11	32	32	33	35	32	21	67
Herbst 2018	35	27	8	45	67	11	37	35	35	35	32	23	68
Jahresbeginn 2019	40	31	8	44	66	10	39	36	35	34	30	24	66
Frühsommer 2019	44	36	8	45	63	7	35	36	34	35	28	24	67
Herbst 2019	51	42	9	43	57	7	35	41	35	34	24	27	67
Jahresbeginn 2020	50	39	8	43	55	5	37	42	36	35	23	29	69

Risiken im Süden - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen



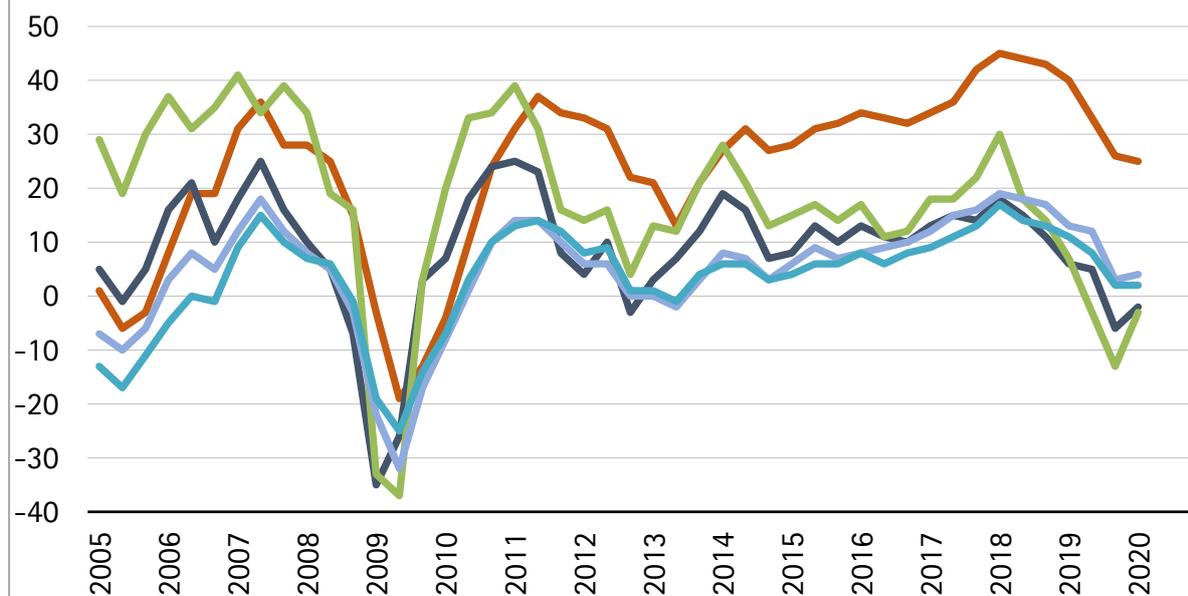
Konjunktur im Westen

Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland;
Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exportwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Westen	DE	Westen	DE	Westen	DE	Westen	DE	Westen	DE
Frühsommer 2013	13	17	7	9	12	17	-2	3	-1	1
Herbst 2013	21	27	12	11	21	23	3	8	4	4
Jahresbeginn 2014	27	32	19	17	28	30	8	10	6	6
Frühsommer 2014	31	33	16	18	21	25	7	11	6	6
Herbst 2014	27	31	7	6	13	15	3	8	3	2
Jahresbeginn 2015	28	32	8	7	15	17	6	9	4	3
Frühsommer 2015	31	32	13	13	17	21	9	12	6	5
Herbst 2015	32	35	10	9	14	16	7	11	6	5
Jahresbeginn 2016	34	38	13	11	17	20	8	12	8	6
Frühsommer 2016	33	34	11	12	11	17	9	12	6	6
Herbst 2016	32	36	10	9	12	16	10	13	8	6
Jahresbeginn 2017	34	38	13	11	18	23	12	14	9	7
Frühsommer 2017	36	40	15	16	18	24	15	17	11	9
Herbst 2017	42	45	14	14	22	25	16	19	13	11
Jahresbeginn 2018	45	48	18	18	30	31	19	22	17	14
Frühsommer 2018	44	45	15	17	18	24	18	21	14	12
Herbst 2018	43	45	11	11	14	17	17	19	13	11
Jahresbeginn 2019	40	43	6	7	7	13	13	16	11	10
Frühsommer 2019	33	36	5	5	-3	2	12	14	8	6
Herbst 2019	26	30	-6	-7	-13	-12	3	5	2	0
Jahresbeginn 2020	25	30	-2	-2	-3	0	4	6	2	0

Konjunktur im Westen - in Punkten; *Industrieunternehmen

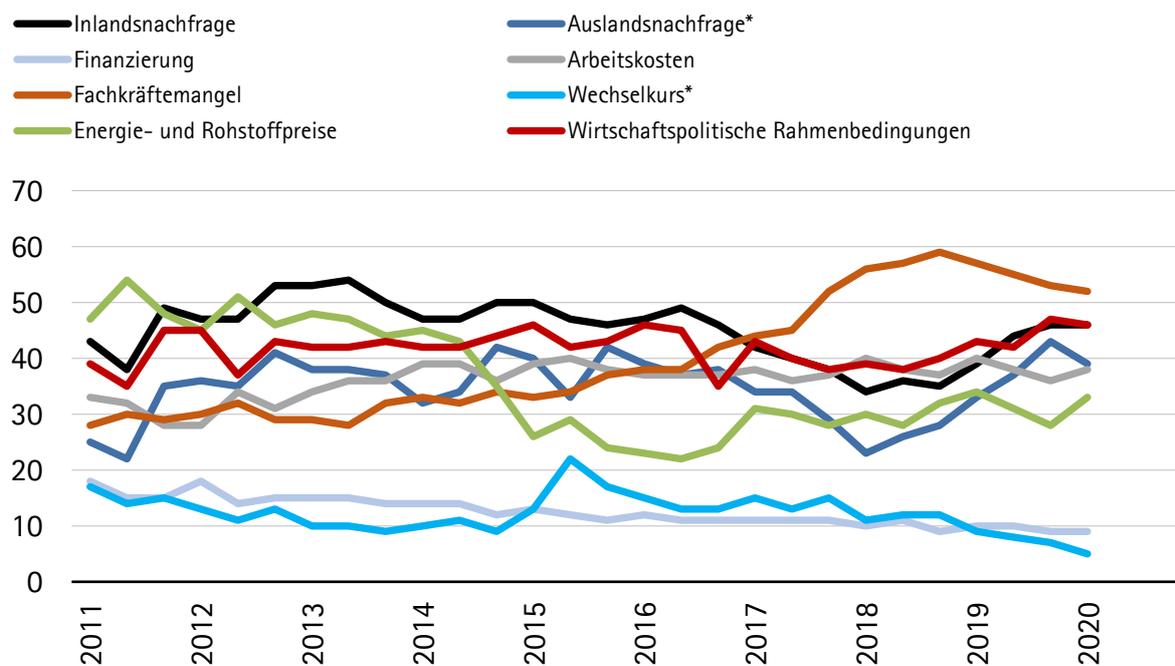
— Lage — Erwartungen — Export* — Investitionen — Beschäftigung



**Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland;
Saldo in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen**

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätserweiterung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Frühsommer 2015	47	33	12	40	34	22	29	42	31	29	28	10	63
Herbst 2015	46	42	11	38	37	17	24	43	33	30	30	10	62
Jahresbeginn 2016	47	39	12	37	38	15	23	46	32	32	30	10	62
Frühsommer 2016	49	37	11	37	38	13	22	45	31	31	29	10	63
Herbst 2016	46	38	11	37	42	13	24	35	33	31	30	10	61
Jahresbeginn 2017	42	34	11	38	44	15	31	43	32	33	31	10	62
Frühsommer 2017	40	34	11	36	45	13	30	40	29	32	32	10	62
Herbst 2017	38	29	11	37	52	15	28	38	32	34	33	12	60
Jahresbeginn 2018	34	23	10	40	56	11	30	39	31	33	34	11	61
Frühsommer 2018	36	26	11	38	57	12	28	38	31	32	33	10	62
Herbst 2018	35	28	9	37	59	12	32	40	33	32	34	12	60
Jahresbeginn 2019	39	33	10	40	57	9	34	43	32	33	32	13	62
Frühsommer 2019	44	37	10	38	55	8	31	42	32	33	30	13	61
Herbst 2019	46	43	9	36	53	7	28	47	33	31	27	15	63
Jahresbeginn 2020	46	39	9	38	52	5	33	46	32	31	27	17	63

Risiken im Westen - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen



Konjunkturumfragen der IHKs

Die regionalen Konjunkturumfragen der 79 Industrie- und Handelskammern können Sie im Internet über www.dihk.de/konjunktur abrufen.



Fragen des DIHK zur wirtschaftlichen Situation zu Jahresbeginn 2020

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage Ihres Unternehmens?

- gute Geschäftslage
- befriedigende Geschäftslage
- schlechte Geschäftslage

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- bessere Geschäftslage
- gleich bleibende Geschäftslage
- schlechtere Geschäftslage

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Inlandsnachfrage
- Auslandsnachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energie- und Rohstoffpreise
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, wenn ja ...

Mit welcher Entwicklung der Exporte rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- höhere Exporte
- gleich bleibende Exporte
- geringere Exporte

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Ausgaben
- gleich bleibende Ausgaben
- geringere Ausgaben

Welches sind die Hauptmotive, die Ihr Unternehmen seinen geplanten Investitionen im Inland für die kommenden 12 Monate zugrunde legt? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Rationalisierung
- Produktinnovation
- Kapazitätsausweitung
- Umweltschutz
- Ersatzbedarf

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Beschäftigtenzahl
- gleich bleibende Beschäftigtenzahl
- geringere Beschäftigtenzahl

Methodik

Grundlage für die DIHK-Ergebnisse sind Befragungen der Unternehmen durch insgesamt 79 IHKs. Zu Jahresbeginn 2020 haben die IHKs rund **26.000 Antworten** ausgewertet. Die regionalen Auswertungen der IHKs können Sie auch im Internet unter www.dihk.de/konjunktur abrufen.

Die Unterscheidung der Unternehmenseinschätzungen nach **Regionen** ist auch ein besonderes Merkmal der DIHK-Umfrage. Dabei werden dem Norden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Nach **Wirtschaftszweigen** verteilen sich die Antworten auf die Industrie (28 Prozent), die Bauwirtschaft (sieben Prozent), den Handel (22 Prozent) und die Dienstleister (43 Prozent). Die Einteilung der Wirtschaftszweige in der DIHK-Konjunkturumfrage basiert entsprechend der amtlichen Statistik auf der WZ 2008.

Nach **Unternehmensgrößenklassen** teilen sich die Antworten folgendermaßen auf: 36 Prozent Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, 13 Prozent Unternehmen mit zehn bis 19 Beschäftigten, 40 Prozent Unternehmen mit 20 bis 199 Beschäftigten, sieben Prozent Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten.

Die IHKs gestalten ihre Stichprobe so aus, dass ein repräsentatives Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft vor Ort abgebildet ist (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogen geschichtete Stichprobe). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene **Gewichtung**. Die Antworten der regelmäßigen Konjunkturfragen (siehe Fragebogen) von Betriebsstätten mit mehr als 500 Beschäftigten sind mit dem Faktor 2 und die Antworten von Betriebsstätten mit mehr als 1.000 Beschäftigten mit dem Faktor 3 gewichtet. Bei den Geschäftsrisiken wird auf die Gewichtung nach Größenklassen verzichtet. Bei Zusatzfragen wird die Größenklassen-Gewichtung dann unterlassen, wenn der ungewichtete Anteil der Unternehmen aussagekräftiger ist.

Bei der Frage nach den Geschäftsrisiken können die Unternehmen zu der Antwortoption „Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen“ einen Freitext verfassen. In der aktuellen Umfrage lagen rund 6.000 Freitextantworten vor. Diese wurden anhand der genannten Begriffe und behandelten Themen möglichst trennscharf kategorisiert. Die häufigsten Antworten sind als Wortwolke dargestellt. Je größer ein Begriff ist, desto höher ist die Anzahl der Freitextantworten zu diesem Thema.

Der IHK-Konjunkturklimaindikator wird als geometrisches Mittel der Lage- und Erwartungssalden berechnet. Der Indikator hat demnach folgende mathematische Form: $\sqrt{(L_1 - L_3 + 100) * (E_1 - E_3 + 100)}$, wobei L_1 den Anteil der Unternehmen mit guter Lageeinschätzung darstellt, L_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechter Lageeinschätzung, E_1 den Anteil der Unternehmen mit besseren Geschäftserwartungen und E_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechteren Erwartungen.

Die Umfrage hat von **Mitte Dezember 2019 bis Mitte Januar 2020** stattgefunden.

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand: Dr. Kathrin Andrae

Bereich Energie, Umwelt, Industrie: Dr. Susanne Gewinnus

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht: Kevin Heidenreich

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht: Katharina Huhn

Grafik

Friedemann Encke, Katharina Huhn, Sebastian Titze

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

Februar 2020

